

MITTEILUNGEN

Polnische Forschungen über Königsberg

Bis vor kurzem waren die Forschungen über die Vergangenheit und die Gegenwart Königsbergs in Polen sprichwörtlich ein „weißer Fleck“. Der Untergang des kommunistischen Systems in Polen und in Ostmitteleuropa in den Jahren 1989/90 trug zur Verstärkung des Interesses an diesem Gebiet Europas bei.

Die Gesamtheit der gegenwärtigen polnischen Forschungen über Königsberg kann man in zwei Hauptgruppen unterteilen. Die erste betrifft die historischen Forschungen, die die Geschichte der Stadt am Pregel bis zum Jahre 1945 umfaßt. Die zweite dagegen beinhaltet die unterschiedlichen Probleme, die mit dem Bezirk Kaliningrad, der russischen Exklave an der Ostsee, verbunden sind.

1. Historische Erforschung der Geschichte Königsbergs

Bis zum Ende der 80er Jahre fand die Erforschung der Geschichte Königsbergs bis zum Jahre 1945 in Polen kein besonderes Interesse. Dieses Thema wurde nur in wichtigen Forschungen und Arbeiten, die Pommern und Ostpreußen betrafen und die in der Nachkriegszeit in Thorn, Danzig und Allenstein¹ durchgeführt wurden, am Rande gestreift. Ausführliche Forschungen zur Geschichte der Stadt selbst wurden nicht unternommen.² Eine Ausnahme davon bildete die interessante Studie von Andrzej Skrobcki: „Die Polen an der Medizinischen Fakultät der Universität Königsberg“.³ In dieser Arbeit untersucht der Verfasser die Geschichte der Medizinischen Fakultät der Albertina (1544–1844) ausführlich und stellt vor diesem Hintergrund die dort studierenden Polen vor. Die Forschungen über die Beziehungen zwischen Polen und Königsberg wurden in den 90er Jahren intensiviert. Auf Initiative des wissenschaftlichen Forschungs-

¹ S. Historia Pomorza (Geschichte Pommerns). Poznań 1969.

² S. M. Biskup, W. Wrzesiński, Einleitung, in: Królewiec a Polska (Königsberg und Polen). Olsztyn 1993, S. 8 (Ośrodek Badań Naukowych w Olsztynie. Rozprawy i materiały. 135.).

³ A. Skrobcki, Polacy na wydziale lekarskim Uniwersytetu w Królewcu (Die Polen an der Medizinischen Fakultät der Universität Königsberg). Olsztyn 1969 (Ośrodek Badań Naukowych w Olsztynie. Rozprawy i materiały. 28.).

zentrums in Allenstein und der Redaktion der quartalsweise erscheinenden „Komunikaty Mazursko-Warmińskie“ fand im September 1991 eine gesamtpolnische Konferenz zum Thema „Königsberg und Polen“ statt.⁴ Zwei Jahre später erschien ein dieser Problematik gewidmetes ausführliches Sammelwerk.⁵ Die 16 Autoren erläutern die Beziehungen zwischen Königsberg und Polen ab dem Mittelalter. Sie analysieren die Probleme, die mit der Entwicklung des Königsberger Hafens verbunden sind, und zeigen die Rolle der Königsberger Universität vom Jahre 1544 bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts auf, als diese Hochschule auf die multinationale Gesellschaft Polens — hauptsächlich in den nördlichen Gebieten — ausstrahlte.

Diese Arbeit schließt mit Betrachtungen über die Umstände, die dazu führten, daß dieses Gebiet als Bezirk Kaliningrad ein Teil der Sowjetunion wurde. Eine interessante Ergänzung bilden alte Fotografien Königsbergs. Obwohl dieses Werk noch keine Zusammenfassung des Themas darstellt, veranschaulicht es jedoch sowohl die wichtigsten Probleme der Stadt als auch ihren Platz in der Geschichte Polens.

Interessante Betrachtungen über die Geschichte der Denkmäler von Königsberg und der umliegenden Gebiete sowie ihres gegenwärtigen, katastrophalen Zustandes werden in dem sich erstmals mit diesem Thema beschäftigenden Werk von Andrzej Rzempełuch, „Reiseführer zu den Kunstdenkmälern des alten Ostpreußen“,⁶ aufgezeigt. Der Autor hat auch eine ganze Reihe anderer spezieller wissenschaftlicher Studien über die Baudenkmäler Königsbergs veröffentlicht.⁷ Im Oktober 1993 wurde auf

⁴ Vgl. R. Tomkiewicz, *Sesja naukowa, Królewiec a Polska* (Die wissenschaftliche Tagung „Königsberg und Polen“), in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* (1992), Nr. 2, S. 211-214.

⁵ *Królewiec a Polska* (wie Anm. 2).

⁶ A. Rzempełuch, *Przewodnik po zabytkach sztuki dawnych Prus Wschodnich* (Reiseführer zu den Kunstdenkmälern des alten Ostpreußen). Olsztyn 1990; vgl. die Rezension dieser Arbeit von R. Traba, *Przewodniki, przewodniki* (Reiseführer, Reiseführer), in: *Borussia* (1993), Nr. 7, S. 216-219.

⁷ Vgl. A. Rzempełuch, *Ikonografia miast pobraża Bałtyku* (Ikonographie der Städte der Ostsee-Küste). Olsztyn 1988; ders., *Prosto z Królewca* (Unmittelbar mit Königsberg), in: *Spotkanie z zabytkami* (1988), Nr. 4, S. 40-43; Kaliningrad, in: *Ebenda* (1989), Nr. 5, S. 43 ff.; *Stan zabytków architektury w obwodzie kaliningradzkim* (Der Zustand der Baudenkmäler im Bezirk Kaliningrad), in: *Borussia* (1992), Nr. 1, S. 59 ff.; vgl. ebenso L. Pułdowski, *Czternastowieczne malowidło ściennie z katedry królewskiej. Z idei późnośredniowiecznych wypraw krzyżowych* (Wandmalereien des 14. Jahrhunderts in der Königs-kathedrale. Von der Idee der spätmittelalterlichen Kreuzzüge), in: *Sprawozdania Poznańskiego Towarzystwa Przyjaciół Nauk* (1985), Nr. 103, S. 47-51; *Czternastowieczne przedstawienie Krzyżowców z katedry w Królewcu* (Das Kreuzritterbild im Dom zu Königsberg), in: *Portret — Forma — Symbol. Materiały Sesji Historyków Sztuki. Toruń, grudzień 1986* (Porträt — Form — Symbol. Materialien einer Kunsthistoriker-Tagung. Thorn, Dezember 1986). Warszawa 1990.

Initiative von Konrad Nawrocki und Kazimierz Brakoniecki eine große Ausstellung, „Atlantyda Północy/Die Atlantis des Nordens“, eröffnet, die unbekannte Fotos der nordpreußischen Städte, unter anderem von Königsberg, präsentierte.⁸

Mehrere in der Zeitschrift der Kulturgemeinschaft „Borussia“ veröffentlichte Artikel (die Zeitschrift trägt den gleichen Namen: „Borussia“) waren der Problematik der Vergangenheit und Gegenwart Königsbergs gewidmet.⁹

2. Gegenwart und Zukunft des Bezirks Kaliningrad (Königsberg)

Der Untergang des Kommunismus und der Zerfall des sowjetischen Imperiums haben nicht nur die Aufmerksamkeit der Polen auf diese ungewöhnliche Exklave, in der große Militäreinheiten konzentriert waren, gerichtet. Ein Zeichen des Interesses sowohl der Regierung als auch der öffentlichen Meinung in Polen an dem Bezirk Kaliningrad war die Organisation einer Tagung, „Königsberg 1992 — Versuch einer Bestandsaufnahme“, am 11. Januar 1992 in Warschau. Organisatoren dieses Diskussionsforums, an dem Vertreter der verschiedenen politischen Parteien und staatlichen Behörden teilnahmen, waren das Zentrum für Internationale Studien beim Senat der Republik Polen und die Stiftung „Polen in Europa“. Auf Initiative von Jerzy Marek Nowakowski — dem Direktor des Zentrums und Autor der im Jahre 1990 veröffentlichten Arbeit „Königsberg, Kaliningrad oder Kantograd?“¹⁰ — erschienen die Materialien dieses interessanten Seminars im Druck.¹¹

⁸ Diese Ausstellung bespricht T. Chrzanowski, *Trzy wystawy (Drei Ausstellungen)*, in: *Tygodnik Powszechny* (1994), Nr. 7, S. 10, sowie K. Nawrocki in: *Dialog. Magazin für Deutsch-Polnische Verständigung* (1993), Nr. 3-4, S. 21. Die Organisatoren haben einen ausführlichen zweisprachigen Ausstellungskatalog vorgelegt: *Die Atlantis des Nordens. Das alte Ostpreußen in der Fotografie/Atlantyda Północy. Dawne Prusy Wschodnie w fotografii*. Olsztyn 1993.

⁹ Vgl. die Materialsammlung: *Königsberg — Królewiec — Kaliningrad*, in: *Borussia* (1992), Nr. 1, S. 45-61; K. Ławrynowicz, *Uniwersytety Królewieckie i Kaliningradzkie — spuścizna i spadkobiercy (Die Universitäten in Königsberg und in Kaliningrad — Erbe und Erben)*, in: *Borussia* (1992), Nr. 3-4, S. 91-95, sowie die Sammlung von drei Essays mit dem gemeinsamen Obertitel: *Podróże do Königsberga i Kaliningradu (Reisen nach Königsberg und Kaliningrad)*, in: *Borussia* (1992), Nr. 5, S. 37-55.

¹⁰ J.M. Nowakowski, *Königsberg, Kaliningrad czy Kantograd (Königsberg, Kaliningrad oder Kantograd <Kantstadt>?)*, in: *Życie i Myśl* (1990), Nr. 11/12, S. 58-63.

¹¹ *Królewiec 1992 — próba diagnozy. Zapis dyskusji na zebraniu konsultacyjnym zorganizowanym przez Ośrodek Studiów Międzynarodowych oraz z Fundacją „Polska*

Die im Jahre 1991 in Warschau entstandene Vereinigung für die Zusammenarbeit der Nationen Osteuropas, „Zbliżenie“ (Annäherung), erarbeitete die Konzeption einer Aufteilung des Bezirks Kaliningrad in vier Zonen: eine litauische, eine weißrussische, eine ukrainische und eine polnische (einschließlich Königsbergs).¹² Von diesem Vorschlag distanzieren sich die polnischen Behörden und die meinungsbildenden Kreise in Polen.

Im Rahmen einer Zusammenarbeit des Westinstituts Posen mit dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln entstand 1992 ein internationaler Arbeitskreis von Wissenschaftlern, der ein Projekt zur Gegenwart und Zukunft des Bezirks Kaliningrad realisierte. An diesem Projekt beteiligten sich Wissenschaftler aus Kaliningrad, Moskau, Vilnius, Köln und Poznań. Einer Zusammenfassung des ersten Abschnitts der Forschungen diente ein Seminar, das am 22. und 23. April 1993 am Sitz des Westinstituts in Posen stattfand.¹³ Das Diskussionsmaterial lieferte sehr interessante Arbeiten aus den einzelnen Ländern, die eine ganze Bandbreite differenzierter Informationen zu Gegenwart und Vergangenheit des Kaliningrader Bezirks beinhalten. Die Materialien dieses Seminars wurden in polnischer¹⁴ und in deutscher¹⁵ Sprache veröffentlicht. Den polnischen Standpunkt zu diesem Thema haben zwei Wissenschaftler, Mitarbeiter des Westinstituts, dargestellt: Andrzej Sakson (Politische Aspekte und Fragen der internationalen Sicherheit)¹⁶ und Tomasz Budni-

w Europie“ 11.01.1992 r (Königsberg 1992 — Versuch einer Bestandsaufnahme. Diskussionsprotokoll einer vom Zentrum für Internationale Studien und der Stiftung „Polen in Europa“ am 11. Januar 1992 veranstalteten Tagung), in: *Polska w Europie* (1992), Nr. 8.

¹² J. Damosz, *Sporne problemy interetniczne w Europie Wschodniej i zasady rozwiązywania konfliktów (raport wstępny)* (Ethnische Streitpunkte in Osteuropa und die Prinzipien einer Konfliktlösung <vorläufiger Bericht>). Warszawa 1991 (Masch.); vgl. auch Die polnischen Teilungspläne, in: *Das Ostpreußenblatt* (1992), Nr. 22, S. 1.

¹³ Vgl. A. Sakson, *Teraźniejszość i przyszłość Obwodu Kaliningradzkiego (Gegenwart und Zukunft des Bezirks Kaliningrad)*, in: *Przegląd Zachodni* (1993), Nr. 3, S. 17 f.; *Das Kaliningrader Gebiet. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Tagungsbericht*, in: *WeltTrends* (1993), Nr. 1, S. 159 f.

¹⁴ Vgl. die ausführliche, gemeinsam von sieben Autoren erarbeitete Materialsammlung: *Teraźniejszość i przyszłość Obwodu Kaliningradzkiego (Gegenwart und Zukunft des Bezirks Kaliningrad)*, in: *Przegląd Zachodni* (1993), Nr. 3, S. 19-80.

¹⁵ Vgl. D. Bingen, *Das Gebiet Kaliningrad (Königsberg): Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Deutsche Ansichten (I)*. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST) Köln, Nr. 21-1993; dass., Nr. 25-1993; *Die Zukunft des Gebiets Kaliningrad (Königsberg). Ergebnisse einer internationalen Studiengruppe*. BIOST Köln, Sonderveröffentlichung, Juli 1993.

¹⁶ A. Sakson, *Teraźniejszość i przyszłość Obwodu Kaliningradzkiego. Aspekty polityczne i kwestie bezpieczeństwa międzynarodowego (Gegenwart und Zukunft des Bezirks Kaliningrad. Politische Aspekte und Fragen der internationalen Sicherheit)*,

kowski (Wirtschaftliche Probleme)¹⁷. Die Teilnehmer an der Konferenz richteten eine gemeinsame Denkschrift über die Zukunft des Kaliningrader Bezirks an die obersten Behörden in Kaliningrad und Moskau sowie an die Außenministerien von Polen, Deutschland, Litauen, Lettland, Estland, Schweden und Weißrußland.¹⁸ Die nächste Konferenz dieses internationalen Forschungskreises ist für September 1994 in Moskau geplant.

Am 15. April 1994 fand auf Initiative des Wojciech Kętrzyński-Instituts in Allenstein ein politologisches Seminar unter dem Titel „Kaliningrad — Meinungen und Prognosen“ statt.¹⁹ Dieses Treffen bildete die eigentliche Fortsetzung der bereits erwähnten Historikerkonferenz „Königsberg und Polen“, die von demselben Institut im September 1991 veranstaltet wurde.

Auf Anregung des Kętrzyński-Instituts sollen in Kürze ein Buch von Jerzy Serczyk, das dem 450. Jahrestag der Universität Königsberg gewidmet ist, eine Monographie von Janusz Jasiński mit dem Titel „Die Geschichte Königsbergs“ und eine Arbeit von Jerzy Dudo mit dem Titel „Der Bezirk Kaliningrad 1945–1993“ erscheinen. Im Forschungszentrum in Allenstein führt man des weiteren eine Auswertung der deutschen und der russischen Presse zur Geschichte und Gegenwart Königsbergs durch. Für Juni 1994 ist die Organisation einer wissenschaftlichen Konferenz anlässlich des 450. Jahrestages der Universität Königsberg geplant.

in: *Teraźniejszość* (wie Anm. 14), S. 49-68; Die Zukunft des Gebiets Kaliningrad (Königsberg). Das polnische Resümee, in: *Zukunft* (wie Anm. 15), S. 35-44; Kaliningrad als Problem europäischer Sicherheit — eine polnische Sicht, in: *WeltTrends* (1994), Nr. 1; Das Problem des Gebiets Kaliningrad (Królewiec, Königsberg) in der polnischen Politik, in: *Königsberg/Kaliningrad — Ein Problem von europäischen Dimensionen*, hrsg. v. E. Müller-Hermann. Kiel 1994 (im Druck); vgl. auch G. Wisniewski, *Radziecki potencjał wojskowy wzdłuż wschodniej granicy Polski* (Das sowjetische Militärpotential entlang der Ostgrenze Polens), in: *Polityczno wojskowe aspekty polskiej polityki wschodniej* (Politisch-militärische Aspekte der polnischen Ostpolitik), hrsg. v. J. Stefanowicza. Warszawa 1991, S. 113-122.

¹⁷ T. Budnikowski, *Ekonomiczne aspekty dotyczące teraźniejszości i przyszłości Obwodu Kaliningradzkiego* (Wirtschaftliche Aspekte von Gegenwart und Zukunft des Bezirks Kaliningrad), in: *Teraźniejszość* (wie Anm. 14), S. 69-80.

¹⁸ Der Text des Memorandums, unterzeichnet von den Teilnehmern des Posener Seminars, wurde u. a. unter dem Titel veröffentlicht: *Europäische Perspektive. Ein Memorandum internationaler Wissenschaftler*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 19. Januar 1994.

¹⁹ Bei dem Seminar war die Beteiligung von Jerzy Bahr, Konsul der Republik Polen in Königsberg (zum Thema der internationalen, mit dem Bezirk Kaliningrad verbundenen Aspekte), Jerzy Nowakowski, Direktor des Zentrums für internationale Studien beim Senat in Warschau (zur Politik der dritten Republik Polens gegenüber der Exklave Kaliningrad), Andrzej Sakson, Wissenschaftlicher Sekretär des Instytut Zachodni in Posen (zu Meinungen der polnischen Presse zum Bezirk Kaliningrad) sowie Edmund Wojnowski, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wojciech Kętrzyński-Instituts in Allenstein (zu Meinungen der deutschen Presse zu Fragen Kaliningrads) vorgesehen.

Das Problem der Vergangenheit Königsbergs sowie die mit der Gegenwart und der Zukunft des Bezirks Kaliningrad verbundenen Fragen haben heute in den Forschungen der polnischen Historiker, Politologen, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler und Kunsthistoriker einen festen Platz eingenommen.

Andrzej Sakson, Poznań

Litauische Forschungsprojekte zu Königsberg/Kaliningrad. Heutiger Stand und Perspektiven

Am Anfang meiner kurzen Ausführungen sei mir eine wichtige Einschränkung erlaubt: Derzeit existieren in Litauen keine Forschungen zu Königsberg/Kaliningrad. Litauische Historiker sprechen nur selten vom Kaliningrader Gebiet, oft benutzen sie den anderen, umfassenderen Namen für diese Region: Ostpreußen. Ebenfalls häufig findet die Bezeichnung Kleinlitauen oder, dem deutschen Sprachgebrauch angepaßt, Preußisch-Litauen Verwendung. Da das Königsberger Gebiet ein Bestandteil Ostpreußens ist, erscheint es mir angebracht, litauische Forschungsprojekte zur Geschichte Ostpreußens vorzustellen. Auf die Ursachen dieser Forschungssituation möchte ich am Ende meines Beitrages zu sprechen kommen.

Um eine Bewertung der in Litauen begonnenen Projekte vorzunehmen, benötigt man zunächst Antworten auf die beiden folgenden Fragen: Was bedeutet das Kaliningrader Gebiet heute für Litauen und welche Rolle spielte das Königsberger Gebiet für Litauen in der Vergangenheit? Beide Fragen hängen eng zusammen und geben auch Antworten auf konkrete Ziele im Hintergrund der historischen Forschung. Ohne an die alte Lage der litauischen Geschichtsschreibung ausführlicher erinnern zu wollen, meine ich, daß die Historiographie heute frei ist von einer national-ideologischen Begründung territorialer Ansprüche — auch im Hinblick auf Königsberg/Kaliningrad. Für die meisten Litauer ist dieses Gebiet ein Bestandteil Rußlands und ein Nachbar Litauens im Ostseeraum, allerdings auch ein Territorium, in dem sich die Lage sehr schnell und oft unvorhersehbar entwickelt.

Ostpreußen und damit auch die Region um Königsberg waren nie ein Randthema der litauischen Historiographie. Es genügt zu erwähnen, daß in diesem Litauen benachbarten Land im 16. Jahrhundert das erste litauischsprachige Buch gedruckt und verlegt wurde, in ihm bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die umfangreiche Gruppe der Kleinlitauer lebte, die oft das Bindeglied zwischen Deutschland und Litauen, manchmal auch der Grund für Feindseligkeiten zwischen den beiden Staaten waren. Heute wohnen noch etwa 20 000 Litauer im Kaliningrader Gebiet, die 'litauische' Spur in der Geschichte der Region ist durch die Zäsur des Jahres 1945 also nicht unterbrochen worden.

Anders als deutsche und polnische Historiker haben litauische nur wenige Bücher zum Thema Königsberg/Kaliningrad geschrieben. So fehlt

bis heute eine litauische Gesamtdarstellung der Geschichte Ostpreußens, existieren auch keine Monographien zu Königsberg und allgemein zur ostpreußischen Geschichte. Eine Ausnahme bildet die „Rytų Prūsijos Archeologija“ (Archäologie Ostpreußens) von Valdas Šimenas, die sich derzeit in Vorbereitung befindet.

Ein besonderes Interesse galt bisher der litauischen bzw. baltischen Geschichte Ostpreußens, einen herausgehobenen Platz nahmen dabei die Kämpfe des Großfürstentums Litauen gegen den Deutschen Orden ein. Damit genoß allein die mittelalterliche Periode größere Aufmerksamkeit, die späteren Geschehnisse wurden nur insoweit berücksichtigt, als sie für die Geschichte der Kleinlitauer von Bedeutung waren. Plakativ trugen diese Arbeiten oft im Titel bereits das Stichwort „Germanisierung“, ihre Zahl war aber relativ begrenzt. In der letzten Zeit sind zwei Arbeiten von litauischen Historikern zur Lage der Kleinlitauer erschienen: Algimantas Matulevičius behandelt in seinem Buch über die nationale Situation der Kleinlitauer im 18. Jahrhundert¹ die Entstehung Kleinlitauens sowie die Assimilation und Germanisierung der Kleinlitauer. Kestutis Gudas analysiert in seiner Arbeit² dieselbe Fragestellung für die spätere Zeit. Bei der Erforschung litauischer Publizistik hat sich Domas Kaunas besondere Verdienste erworben. In den letzten sieben Jahren veröffentlichte er sieben Bücher, das achte ist gegenwärtig in Vorbereitung.³

Die angeführten Beispiele belegen, daß sich die litauische Forschung sehr stark auf die kleinlitauische Problematik konzentriert hat und, wie bereits angedeutet, der gesamten Region oder den Ethnien, die dort lebten bzw. heute leben, wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Forschung, die sich mit einer konkreten Region befaßt, sollte sich aber nicht ausschließlich mit ausgewählten Problemen oder nur einzelnen Komponenten beschäftigen. Zweifellos können einzelne Teilbereiche umfassend erschlossen werden, sie werden aber niemals einen Blick auf die gesamte Geschichte eines Gebietes eröffnen können. Im Forschungsbereich zu Königsberg haben wir es zudem mit einem Nachlaß, einer alteingefahrenen For-

¹ Algimantas Matulevičius, *Mažoji Lietuva XVIII amžiuje. Lietuvių tautine padėtis (Kleinlitauen im 18. Jahrhundert. Die nationale Situation der Litauer)*. Vilnius 1989.

² Kestutis Gudas, *Mažosios Lietuvos lietuvių tautine padėtis XIX a. pabaigoje (Die nationale Situation der Litauer in Kleinlitauen am Ende des 19. Jahrhunderts)*. Vilnius 1992.

³ Von diesen Arbeiten seien erwähnt: Domas Kaunas, *Iš lietuvių knygų istorijos (Aus der Geschichte des litauischen Buches)*. Vilnius 1986; ders., *Mažosios Lietuvos spaustuvs 1524–1940 (Die Druckereien in Kleinlitauen 1524–1940)*. Vilnius 1987; ders., *Mažosios Lietuvos bibliotekos (Die Bibliotheken in Kleinlitauen)*. Vilnius 1987; ders., *Mažosios Lietuvos knygynai (iki 1940 metų) (Die Buchhandlungen in Kleinlitauen <bis 1940>)*. Vilnius 1992; ders., *Donelaičio žemes knygiai (Buchliebhaber im Lande von Donelaitis)*. Vilnius 1993.

schungstradition zu tun, die heute in Deutschland nur noch in landsmannschaftlichen Museen sichtbar ist. Tradition jedoch reproduziert konzeptionell veraltete Forschung. Schon deshalb sei nicht nur über Forschungsprojekte, sondern auch über Unterrichtspläne gesprochen. Der Wunsch, die eben skizzierte Forschungslage zu verändern, ist unter litauischen Historikern weit verbreitet. Inzwischen besteht eine reale Möglichkeit, die Forschung zu Ostpreußen und zum Königsberger Gebiet mit der Lehre zu verbinden. Für diesen Zweck wurde 1992 an der Universität Klaipėda das Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens gegründet; kurz darauf wurde ein Lehrstuhl für Geschichte an der Universität eingerichtet. Seit 1994 wird die Geschichte Ostpreußens an der Universität Vilnius gelehrt. Diese Maßnahmen können die Situation in absehbarer Zeit nur dann verändern, wenn in die Forschungs- und Unterrichtsprojekte Forscher und Institute, die über mehr Erfahrung in der Erforschung der ostpreußischen und Königsberger Geschichte verfügen, miteinbezogen werden. Die internationale Kooperation bietet auch die Voraussetzung — und wie ich meine, nicht nur für Litauen — zum Aufbau einer Forschung ohne Grenzen oder einer nicht durch Nationalismus begrenzten Forschung. Solche Pläne sind im Bereich der deutschen und polnischen Historiographie inzwischen nicht mehr nur Worte. Das Forschungszentrum in Klaipėda beispielsweise arbeitet inzwischen eng mit dem Institut Nordostdeutsches Kulturwerk (Lüneburg), der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung (Vorsitzender: Prof. Dr. Udo Arnold) sowie mit Herrn Prof. Marian Biskup (Toruń), Doz. Dr. Sven Ekdahl (Berlin) und vielen anderen zusammen. Um das Interesse der litauischen Studentinnen und Studenten am Thema Königsberg/Kaliningrad zu wecken, ist noch in diesem Jahr ein Seminar mit dem Titel „Die Bedeutung der Universität Königsberg für die ostmitteleuropäische Geschichte“ geplant. Von den vielen 1994 stattfindenden Aktivitäten unterscheidet sich dieses Seminar, weil es speziell für Studierende der Geschichte geplant und konzipiert worden ist. Dozenten aus Deutschland und Litauen werden den Schwerpunkt ihrer Vorträge auf Forschungsprobleme legen.

Für die Anfangsphase von besonderer Bedeutung sind Übersetzungen historischer Arbeiten zum Thema Ostpreußen in das Litauische. Bereits erschienen ist die litauische Fassung der Arbeit von Sven Ekdahl: „Die Banderia Prutenorum des Jan Długosz“.⁴ 1995 wird dem litauischen

⁴ Sven Ekdahl, *Die Banderia Prutenorum des Jan Długosz. Eine Quelle zur Geschichte der Schlacht bei Tannenberg 1410*. Göttingen 1976. Litauisch unter dem Titel: *Jono Dlužo „Prūsų vėliavos — Žalgirio mūšio šaltinis*. Vilnius 1992.

Publikum Hartmut Boockmanns „Der deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte“⁵ zugänglich sein. Die Reihe der Übersetzungen wird weiter fortgesetzt und ausgebaut werden. Die Probleme um Königsberg/Kaliningrad haben einen wichtigen Platz in den Rezensionen der „Acta historica Universitatis Klaipedensis“.

Sowohl die Übersetzungen als auch die umfangreichen Rezensionen verfolgen natürlich das Ziel, eigene Forschungen zu initiieren. Erste Perspektiven bieten sich bei den folgenden Projekten, die durch das Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens begonnen worden sind.

Ein wichtiger Ansatz, um der Forschung weitere Impulse zu verleihen, ist die Registrierung der in verschiedenen Ländern verstreuten Archivalien zur Geschichte des Memellandes, die nach Möglichkeit kopiert und litauischen Benutzern zugänglich gemacht werden sollen. Auch die in Litauen lagernden Archivalien zu Ostpreußen sollen — zumindest in Kopie — in Klaipėda zusammengeführt werden. Umfangreiche Materialien existieren in den litauischen Archiven und Bibliotheken; Forschung und Lehre in Klaipėda würden neue Möglichkeiten eröffnet. Einen festen Bestandteil des Archivs bilden eine Zeitungsausschnittsammlung (russische, litauische und polnische Periodika) und eine Videothek mit Filmmaterial zu Ostpreußen.

In Vorbereitung befindet sich ein weiteres Vorhaben, das „Die ökonomische, politische und demographische Veränderung im Kaliningrader Gebiet nach 1990“ untersuchen will. Dieses Projekt wird 1995 im Forschungszentrum begonnen werden. Es ist vorgesehen, die wichtigsten Entwicklungstendenzen der russischen Exklave zu verfolgen und den Litauern, die meist sehr wenig über Kaliningrad wissen, Kenntnisse über die Nachbarregion zu vermitteln. Kein Geheimnis ist, daß dieses Projekt auch dazu dient, die in der litauischen Öffentlichkeit aufgetauchten Befürchtungen vor der ‘deutschen Gefahr’, die vor allem durch die Ansiedlung von Rußlanddeutschen im Kaliningrader Gebiet entstanden sind, zu untersuchen.

Im Rahmen von Jubiläen werden weitere Forschungsprojekte in nächster Zeit durchgeführt werden. Das Institut für litauische Literatur und das Institut für litauische Geschichte, beide in Vilnius, werden anlässlich des Jubiläums des ersten gedruckten litauischen Buches auch Ostpreußen und Königsberg ihre Aufmerksamkeit schenken. Das Institut für litau-

⁵ Hartmut Boockmann, *Vokiečių ordinas. Dyvlika istorijos skirsnių*. Vilnius (im Druck).

sche Sprache plant, die Ortsnamen in Ostpreußen zu erforschen, die kulturelle Bewegung in Kleinlitauen stellt einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des Forschungszentrums in Klaipėda dar. Domas Kaunas schließt derzeit sein nächstes Werk über das Buch in Kleinlitauen ab.

In den letzten Jahren hat das Interesse der litauischen Gesellschaft an Vergangenheit und Gegenwart stark zugenommen. Historiker in Litauen sind heute frei von ideologischem Druck. Diese beiden Entwicklungen bieten gute Perspektiven für Forschungen über Königsberg/Kaliningrad. So bleibt abschließend nur zu hoffen, daß die litauische Historiographie sich nicht allein auf die litauische Komponente der ostpreußischen Geschichte beschränken wird.

Alvydas Nikžentaitis, Klaipėda

Das Fortwirken der Albertina in der Universität Königsberg/Kaliningrad heute — Im 450. Jahr der Albertina —

Es ist vielleicht eine gar nicht überraschende Tatsache, daß die Geschichte der Königsberger Universität aufs engste mit der dramatischen Entwicklung des Königsberger Schicksals verknüpft ist — mit dem deutschen Schicksal im Osten im allgemeinen. Und es gibt wenige Städte in der europäischen Geschichte, die so stark den Wechselfällen des Schicksals unterworfen gewesen sind wie Königsberg in Preußen. Nach und nach durchlebte diese Region das schwere Auf und Ab ihres Daseins, und immer stand Königsberg im Mittelpunkt der historisch-politischen Auseinandersetzungen zwischen West und Ost. Sicherlich läßt sich dies auch durch die besondere geopolitische Stellung dieser Region erklären.

So wie in der Mitte der christlichen Welt in dieser Stadt die Kirche steht, steht in der Mitte des wissenschaftlichen Umfeldes die Universität. Noch dringender als der Ordensstaat brauchte das weltliche Herzogtum Preußen gut ausgebildete Fachleute — Juristen, Ärzte, Theologen. Dazu kam nach der Reformation noch das Bedürfnis, nicht nur die evangelische Landeskirche zu begründen, sondern eine Pflanzstätte des lutherischen Glaubens für den ganzen Nordosten — nach Polen, Litauen und Livland hinein — zu schaffen. Das war wohl das wichtigste Motiv für die Gründung der ersten Hochschule in Preußen.

Gegründet wurde die Universität auf das Betreiben des Herzogs Albrecht und seiner Ratgeber als ein Leuchtturm des neuen Evangeliums. Grundlage bildeten der Besitz des ehemaligen Domkapitels und dessen Grund und Boden am Dom. Finanzielle Opfer brachten dazu die drei Städte Königsberg-Altstadt, Löbenicht und Kneiphof, d.h. die Universität wurde durch die drei Mächte zur Welt gebracht, die die Geschichte der Stadt bestimmt haben — Landesherr, Kirche und Bürgerschaft, wobei aber der Landesherr ihr eigentlicher Schöpfer war. Unter den ersten Professoren waren nicht nur Deutsche, sondern auch Litauer und Polen, die ihres evangelischen Glaubens wegen die Heimat verlassen hatten.

In der Zeit der Glaubenskämpfe und des konfessionellen Einheitsstaates war auch die junge Hochschule Königsbergs von Glaubensstreitigkeiten betroffen. Die Brandenburgischen Kurfürsten, die seit 1613 dem reformierten Bekenntnis anhängen, hatten es nicht leicht, die lutherischen Eiferer an ihrer Universität zur Toleranz zu erziehen. Es dauerte einige Jahrzehnte, bis die Reformierten, zu denen kurfürstliche Beamte und holländische und englische Kaufleute gehörten, ihr eigenes Gotteshaus in Kö-

nigsberg erhielten: die 1701 eingeweihte Burgkirche. Die Katholiken hatten zwar schon früher aufgrund des Wehlauer Vertrages ihre eigene Kirche auf dem Sackheim bekommen und waren als Studenten zugelassen. Vom Lehrkörper der Universität waren sie aber im Sinne der Stiftungsurkunde weiterhin ausgeschlossen. Erst seit 1866 konnten Katholiken Professoren werden, ebenso auch Glaubensjuden. Evangelisch getaufte Juden hat die Albertina bis in die 1930er Jahre hinein nie abgelehnt.

Mit der Entwicklung des Deutschen Reiches wuchs auch der Albertina eine Fülle neuer Aufgaben zu, vor allem in der Provinz, was zur Einrichtung eines landwirtschaftlichen Studienganges führte. Sie erfreute sich nach der Abtrennung Ostpreußens vom Reich der besonderen Fürsorge des preußischen Staates, weil sie jetzt eine „Grenzlanduniversität“ mit betont nationalem Charakter geworden war.

Eine geistig rege Hochschule kann nicht nur Stätte abstrakter Forschung, sie muß auch Motor und Spiegelbild ihrer Zeit sein. So hat die Albertina alle Phasen der deutschen und europäischen Geistesgeschichte mitgemacht: Pietismus und Aufklärung, Patriotismus und Romantik, Liberalismus und Nationalismus. Sie war gegen Reaktion und für Fortschritt und nationale Einigung. Der Nationalsozialismus wurde von der Partei und dem NS-Studentenbund in die Hochschule hineingebracht. Auch in dieser Zeit blieb sie aber eine Stätte wissenschaftlicher Forschung.

Aus der Geschichte der Albertina ist ersichtlich, daß es zu ihrer besonderen Aufgabe wurde, im weitesten kulturellen Sinne nach Osten hin auszustrahlen, als kulturelle Brücke in den Nordosten nach Litauen, dann nach Kurland und Livland, nach Rußland und Polen. Die Bedeutung der Königsberger Universität für die mittel- und osteuropäischen Staaten war unübersehbar. Sie wurde im 18. Jahrhundert noch als „*Baltische*“ *Universität* schlechthin angesehen, da die im 17. Jahrhundert von den Schweden gegründete Universität Dorpat/Tartu im 18. Jahrhundert im Zarenreich zunächst geschlossen worden war, bis sie 1801/02 wiedereröffnet wurde. Die Universität in Königsberg war ein Knotenpunkt kulturellen Austausches, unbelastet von nationalen, gar nationalistischen Tendenzen. Zahlreiche Nichtpreußen lehrten an der Universität, die den Geist der Albertina „in sich aufnahmen und in ihre Wirkungsstätten hinaustrugen“. Keineswegs war die Albertina als geistiger Mittelpunkt Ostpreußens über die Jahrhunderte ein „Bollwerk gegen die slawische Flut“, wie dies etwa in den 1930er Jahren in Deutschland formuliert wurde. Das waren nationalsozialistische Töne, die dem Tatbestand der tradierten Forschung und Lehre der Albertina keineswegs gerecht wurden. Die Albertina war weltweit, in ständigem Austausch von Geben und Nehmen, eine Brücke zwischen Mittel-, Ost- und Westeuropa. Die Geschichte der Universität, die

kulturelle Brückenfunktion zwischen Ost und West, ist älter als die von den Diktaturen des 20. Jahrhunderts geprägte gegenseitige Haßpropaganda.

Der Krieg wollte den letzten Punkt in der Geschichte der Albertina setzen, und der böse Geist der Zerstörung stürzte mit endzeitlicher Wucht über die Universität herein.

In der Nachkriegszeit wurde im Königsberger/Kaliningrader Gebiet das Bildungswesen eingeführt, das dem in der ganzen UdSSR entsprach, d.h. mit der besonders strengen Achtung auf den Führungsanspruch der Partei. Das war an der 1967 neu gegründeten Universität besonders spürbar.

Bis dahin gab es drei höhere Lehranstalten in Königsberg/Kaliningrad: das 1948 gegründete Pädagogische Institut, die 1966 errichtete höhere Lehranstalt für Seeleute sowie das Technische Institut für Fischindustrie und Volkswirtschaft aus dem Jahre 1958. Letzteres wurde von Moskau nach Königsberg/Kaliningrad verlegt und genießt ein hohes Ansehen. Es existiert weiterhin ein bereits 1949 gegründetes, zunächst Baltisches, dann Atlantisches wissenschaftliches Forschungsinstitut für Fischwirtschaft und Ozeanologie. Es gibt im Königsberger/Kaliningrader Gebiet auch zwei Lehranstalten der russischen Armee: eine technische Lehranstalt der Luftstreitkräfte und eine militärische Ingenieurschule.

Die Gründung der Universität in Königsberg/Kaliningrad im Jahre 1967 basiert auf dem seit 1948 bestehenden Pädagogischen Institut. Zuerst gab es an diesem Institut zwei Fakultäten, eine historisch-philologische und eine physikalisch-mathematische. 1963 kam noch eine biologisch-geographische Fakultät hinzu. 1967 erfolgte die Gründung der Universität, die den offiziellen Namen „Kaliningrader staatliche Universität“ erhielt. Wie die Gebietshauptstadt wurde sie nach dem einstigen Vorsitzenden des Vorstandes des Obersten Sowjet der UdSSR, Michail Kalinin, benannt. Nichts hat Kalinin mit Königsberg zu tun, und die Benennung war nichts anderes als reine Willkür.

Mit der Gründung der Kaliningrader Universität wurden die Fakultäten des umgestalteten Pädagogischen Instituts erweitert und umorganisiert. Die Zahl der Studenten erhöhte sich stetig, aber nicht drastisch. 1968 gab es 3760 Studenten, 1987 über 4000, zur Zeit sind es 6000. 1968 zählte die Universität 19, 1972 bereits 27, heute hat sie 42 Lehrstühle. 1972 waren 250 Lehrkräfte an der Universität tätig, im Jahre 1993 380.

Erster Rektor der Universität war der aus Tomsk stammende Professor für Biologie N.F. Prikladov. Die neue Universität war der Kontrolle der Partei unterworfen wie alle Universitäten in der UdSSR. Dies bedeutete die totale Ideologisierung des Universitätslebens und führte zu der rück-

sichtslosen Entfremdung von der 400jährigen Tradition der Albertina. „Historiker“ behaupteten immer wieder, Ostpreußen wäre über die Jahrhunderte „militärisches Aufmarschgebiet gegen den Osten“ gewesen, geistig unterstützt durch die Universität.

Der symbolische Höhepunkt dieser ideologischen Verdrehung war die Vernichtung des wichtigsten Bauwerks Königsbergs, seines Wahrzeichens — des Königsberger Schlosses — kurz nach der Gründung der Kaliningrader Universität. Die Parteiführung begann zielgerichtet die Königsberger Kultur zu zerstören. In den Jahren des „Tauwetters“, der Ära Chruščëv, versuchten sogar einige Vertreter der Kaliningrader Öffentlichkeit, darunter auch einige Lektoren und Studenten der Universität, den Kampf um die Konservierung der Schloßruine aufzunehmen. Dabei wurden seitens der Universitätshistoriker die mit dem Schloß verknüpften Namen berühmter russischer Persönlichkeiten (Peter der Große, Suworov, Bolotnikov u.a.) als Argumente ins Feld geführt. Mit dem Machtantritt von Leonid Brežnev war aber „das Tauwetter“ zu Ende. Für den Beschluß zur Zerstörung des Schlosses führten die Mitarbeiter des Universitäts-Lehrstuhls für die Geschichte der KPdSU ein „sicheres“ Argument an: Das Schloß sei ein Symbol des Neonazismus und Revanchismus.

Die führende Rolle der Partei im Universitätsleben mußte immer wieder bekundet werden, wofür der Lehrstuhl für die Geschichte der KPdSU und das Parteikomitee der Universität verantwortlich zeichneten. Vorrang im Lehrplan erhielten die vollständig ideologisch ausgerichteten Vorlesungskurse über die Geschichte der KPdSU und die marxistisch-leninistische Philosophie, die für alle Fachbereiche an allen Fakultäten obligatorisch waren. Im Sinne der totalen Ideologisierung wurde auch eine militärisch-patriotische Erziehung an der Universität angeordnet. Es wurde immer wieder auf den Großen Vaterländischen Krieg verwiesen. Die Teilnehmer des Krieges bekleideten alle führenden Positionen. Die logische Folge daraus bildete der Verlust des Geschichtsbewußtseins und der Identität, was nach Meinung des großen georgischen Philosophen Mirab Mamardaschwili im allgemeinen für Rußlands Schicksal gültig sei, das nach und nach, so Mamardaschwili, „aus dem Geschichtsgeschehen verhängnisvollerweise hinausgeworfen“ werde.

Seit 1968 gibt die Universität eine wissenschaftliche Reihe unter dem Namen „Naučnye trudy“ (Wissenschaftliche Arbeiten) heraus. Einer großen Popularität erfreuen sich auch die von der Universität veröffentlichten „Kant-Sammlungen“. Die Pflege der Erinnerung an Kant gehörte immer zur Tradition der Albertina. In der Nachkriegszeit hat sich das Schicksal Kants an der sowjetischen Universität ziemlich kontrovers gestaltet. Kant als Königsberger Deutscher gehört zur geistigen Tradition

der Universität und der ostpreußischen Geschichte im allgemeinen, von der sich die Kaliningrader Universität abzusetzen suchte. Andererseits ist der Einfluß der Lehre Kants auf die europäische Geistesgeschichte so immens, daß sogar die ideologischen Denksysteme ohne Kant gar nicht auskommen können. Dank der selbstlosen Bemühungen einiger Professoren des Lehrstuhls für Philosophie und Mitarbeiter der Universität wurde in dem Gebäude der neuen Albertina, wo heute zwei Fakultäten der Kaliningrader Universität untergebracht sind, das Kant-Museum eingerichtet, in dem die im April 1991 gegründete Kant-Gesellschaft tagt.

Die Kant gewidmeten Aktivitäten führten des öfteren zu Unzufriedenheiten seitens der Universitätsverwaltung und der Parteiorganisation. Trotzdem aber haben sich die Kant-Forschung und die Pflege seines Andenkens an der Universität durchgesetzt. Traditionsgemäß erscheint jährlich der „Kantovskij sbornik“ (das Jahrbuch mit Beiträgen zur Kant-Forschung), regelmäßig werden internationale Seminare durchgeführt, die sich mit den Ideen Kants unter heutigen Bedingungen auseinandersetzen.

Dem Namen Kants und den überzeugenden Argumenten der Universitätsprofessoren verdankt der Dom auf dem Kneiphof seine Rettung in den 60er Jahren, der dritten Vernichtungswelle in Königsberg. Die geschichtsbewußten Vertreter der Universität wandten sich mit dem Aufruf an die Parteiführung, die Domruine wegen des Grabmals von Kant nicht zu sprengen. Als Grund wurde angegeben, Kant gelte als Vorläufer des Marxismus-Leninismus, und man dürfe seine Grabstätte nicht zerstören. Das hat gewirkt. Der Dom wurde verschont — ein wertvolles Baudenkmal der Ordensarchitektur und ein Sinnbild der Königsberger Tragödie, gleichfalls aber eine vergegenständlichte Hoffnung auf die gerechte Lösung des verwickelten Königsberg-Problems. Die Tradition Kants lebt weiter, was zur Überwindung der Identitätskrise im heutigen Kaliningrad äußerst wichtig ist.

Die Universität Kaliningrad bildet heute Fachkräfte für Wirtschaft und Politik sowie Lehrkräfte aus. Die Universität umfaßt 17 Fachrichtungen und Berufssparten. Sie zählt elf Fakultäten, darunter drei geisteswissenschaftliche: eine historische (Geschichte), eine philologische (Fachbereiche: Russisch und Literatur, Germanistik, Anglistik, Romanistik) und eine juristische. Fünf Fakultäten gehören in den naturwissenschaftlichen und physikalisch-mathematischen Bereich: die mathematische (Mathematik und Physik), die chemische, die biologische und die geographische (alle mit jeweils entsprechendem Hauptfach). Drei Fakultäten fallen in den pädagogischen Bereich: die pädagogische (Pädagogik und Methodik der Grundausbildung), die industriell-pädagogische (allgemeintechnische

Disziplinen und Werken), die sportpädagogische (Theorie und Methodik der Körpererziehung).

Das Lehrpersonal an den 42 Lehrstühlen zählt 380 Lektoren, darunter 40 Doktoren der Wissenschaften und Professoren sowie etwa 200 Dozenten, Kandidaten der Wissenschaften. Die Gesamtzahl der Lektoren und Mitarbeiter beträgt mehr als 1 000 Personen. Die Universität zählt 6 000 Studenten im Direkt-, Abend- und Fernstudium, davon über 3 000 Direktstudenten. Das entspricht dem Durchschnitt in Rußland.

Die Universität Kaliningrad hat bisher etwa 15 000 qualifizierte Fachleute ausgebildet. Besonders viele Absolventen sind im Bildungswesen, in der Jurisprudenz, in Unternehmen, touristischen Organisationen, in der Forstwirtschaft und in Naturschutzorganisationen tätig. Die Abgänger der Universität arbeiten auch in den anderen GUS-Staaten: in Weißrußland, in der Ukraine und in Transkaukasien sowie in den baltischen Staaten.

Der Aufbau eines neuen Universitätskomplexes ist im Gange. Fertiggestellt sind schon das Verwaltungsgebäude, das Gebäude der Fakultäten für Mathematik und Physik sowie ein Studentenheim. Zur Zeit wird an einem Sportkomplex gebaut. Ferner sind eine neue Bibliothek, weitere Lehr- und Forschungsgebäude und neue Studentenheime vorgesehen. An der Ostseeküste ist der Bau eines Sport- und Erholungslagers geplant. Die Lehr- und Werkräume, Labors sowie Displayklassen werden mit moderner Technik ausgestattet. Vor einem Jahr bekam die Universität leistungsfähige Computeranlagen.

Für die Universitätsausbildung ist die Verbindung von Grundlagenforschung mit angewandten Projekten charakteristisch. Viele Projekte werden im Rahmen umfangreicher staatlicher Programme ausgeführt. Die Universität Kaliningrad tritt als Leitinstanz für zwei Forschungsprojekte im Rahmen des Programms „Völker Rußlands: Wiedergeburt und Entwicklung“ auf. Sie betreffen die Probleme der Entwicklung von sozialer und erwerbstätiger Aktivität des Menschen und seine Stellung im Ökosystem. Damit ist die Arbeit der Universität mit Entwicklungsprojekten der Region Kaliningrad aufs engste verbunden. Zur Koordinierung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Forschungen wurde an der Universität ein Institut für interdisziplinäre Regionalforschungen geschaffen. Zur Einschätzung der Ergebnisse seiner Tätigkeit werden Konferenzen und Seminare veranstaltet, deren Empfehlungen dann von staatlichen Verwaltungsorganen verwertet werden. So haben es z.B. die schon vorliegenden Resultate dieser Arbeit ermöglicht, ein marktwirtschaftliches Programm für die Region zu begründen und erste Schritte in dieser Richtung zu unternehmen.

An geisteswissenschaftlichen Forschungsrichtungen wären zu nennen: aktuelle Probleme der russischen und internationalen Geschichte, Untersuchungen zum deutschen Recht und zur Rechtsordnung der örtlichen Selbstverwaltung, Probleme der linguistischen Schematik und der Typologie der Literatur, Probleme englisch-russischer Sprachkontakte sowie die der Schulung des Lehrers zu einer Persönlichkeit im System der Universitätsausbildung.

Wichtige theoretische Ergebnisse hat die Fakultät für Physik zu bieten, darunter: Entwicklung neuer Methoden der Radiospektroskopie aufgrund der doppelten Kern-Quadrupol-Resonanz, Untersuchung der Fortpflanzung von nichtlinearen Wellen in der Atmosphäre und im Ozean, Entwicklung neuer Meßverfahren der Magnetparameter für Dürromagnetiken, Erforschung von Plasma- und Elektromagnetprozessen im erdnahen Weltraum. Gegenstand der mathematischen Forschungen sind die Geometrie der vielgestaltigen Figuren sowie Methoden der angewandten mathematischen Modellierung.

Zu weiteren wichtigen naturwissenschaftlichen Forschungen an der Universität gehören: Entwicklung neuer Verfahren zum Schutz von Metallen gegen Korrosion, geoökologische Erforschung des Ozeans und interdisziplinäre Forschung in der Kaliningrader Region.

Zur Förderung der wissenschaftlichen Forschungen der jungen Leute wurde das Studentenunternehmen „Gaudeamus“ gegründet, in dem die jüngere Generation ihren wissenschaftlichen Interessen unmittelbar nachgehen kann.

Die Zukunft der Universität Kaliningrad ist eng mit dem Zustandekommen der Freihandelszone „Jantar“ verbunden, unter gleichzeitiger Festigung ihrer Verbindungen zur Russischen Föderation. Es geht um die weitere Entwicklung der Universität als ein wissenschaftliches, kulturelles und ausbildendes Zentrum, das enge Beziehungen zu europäischen Universitäten unterhält. Zur Zeit knüpft die Universität Beziehungen zu Hochschulen Polens, Deutschlands, Schwedens und anderer Länder. Sie ist Mitglied der baltischen Hochschulrektorenkonferenz und pflegt die Kontakte zur Assoziation der Hochschulen Europas. Geplant ist die Einführung neuer Fachrichtungen, die den heutigen Bedingungen der Region entsprechen. So ist die Eröffnung einer Fakultät für Verwaltungswissenschaften vorgesehen, an der auch Fachkräfte für Management und Marketing ausgebildet werden sollen.

Andererseits aber muß man zugeben, daß der seit 26 Jahren existierenden Kaliningrader Universität eine relativ bescheidene Rolle im geistigen und sozialen Leben unserer Region zukommt. Wahrscheinlich nur in zwei Bereichen — Jura und Pädagogik, vielleicht auch Philosophie — könnten

sich Professoren und Lehrkräfte mit anderen Universitäten messen. In Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften, Technologie, angewandten Wissenschaften, Kultur, Medizin, Kunst, Städtebau und Agrarwissenschaften hingegen bleibt die Universität zurück.

Das liegt u.a. an der pädagogischen Ausrichtung der Universitätsausbildung und ihrem eingeschränkten Personalbestand sowie an den knappen materiellen und technischen Ressourcen. Im Grunde genommen ist die Universität Kaliningrad eine einfache, provinzielle Universität Rußlands und belegt den vorletzten Platz im Universitätsrating der Russischen Föderation.

Erst vor kurzem ist bekannt gegeben worden, daß sich — als die ersten in Rußland — die Universitäten Moskau und Kaliningrad am EU-finanzierten „Tempus“-Programm beteiligen werden.

Durch die einmalige geopolitische und kulturhistorische Lage, die Königsberg/Kaliningrad nach dem Zusammenbruch der einstigen Sowjetunion eingenommen hat, ist die sogenannte „europäische“ Lösung des regionalen Problems Kaliningrader Gebiet in den Vordergrund getreten. Wie sich die Zukunft Königsberg/Kaliningrad auch entwickeln mag, so erscheint es doch jetzt schon einleuchtend und lebenswichtig, hier eine internationale, paneuropäische Universität einzurichten, die eine echte Pflanzstätte der neuen europäischen Gesinnung im Osten werden könnte. Diese Idee wurde vom bereits seit 1977 im Amt befindlichen Rektor der Kaliningrader Universität, Prof. Notto Medvedev, positiv bewertet. Auch unter seinem seit kurzer Zeit im Amt befindlichen Nachfolger, Prof. Fedorov, wird diese Idee nichts von ihrer Attraktivität verlieren — eher im Gegenteil.

In diesem Zusammenhang herrscht ein breiter Konsens darüber, daß die Umbenennung der Universität Kaliningrad empfehlenswert sei. Es wird heute seitens der Zeithistoriker immer nachdrücklicher betont, daß auch die Nachkriegstätigkeit der Universität vom wissenschaftlichen Gesichtspunkt aus nicht als selbständiger Weg, sondern vielmehr als ein Bestandteil ihrer gesamten Geschichte zu betrachten sei. Die Hochschule soll demnach weiter in der Tradition der Albertina leben, denn dadurch kann sie sich ihre historische Kontinuität verschaffen. Die Wissenschaft muß weitgehend unabhängig von der Politik sein, umgekehrt muß sich die Politik auf die Wissenschaft hinorientieren. Deswegen ist es m.E. widersinnig, sich in der heutigen problematischen Situation an den Namen Kalinin zu klammern.

Verschiedene Professoren der Universität haben unterschiedliche Namensvorschläge geäußert: Medvedev plädierte entweder für „Russisch-Baltische Universität“ oder „Russische Albertina“, der Rechtswissen-

schaftler Kargapolov tritt für „Universität Königsberg“ ein. Kalinnikov will den Namen Kants für die Universität durchsetzen.

Die faszinierende Idee einer europäischen Universität geht über den Rahmen der regionalen Problematik weit hinaus und ist letzten Endes mit einem gesamteuropäischen Konzept verbunden. Eine derartige Universität könnte mindestens drei Funktionen übernehmen:

1. Die Ausbildung von Fachleuten internationalen Ranges. Lehrkörper und Studentenschaft sollten sich sowohl aus Einwohnern Rußlands als auch Ausländern zusammensetzen. Dabei sei hervorgehoben, daß die Kaliningrader Universität eine maßgebliche Rolle für die jungen Leute aus den baltischen Ländern spielen könnte, was der Tradition der Albertina entspräche. An solch einer Universität wären entsprechende neue Institute einzurichten: eines für Philosophie der modernen Zivilisation, eines für Probleme der Zusammenarbeit in Europa, eines für Ökologie des baltischen Raumes und eines für Marktwirtschaft und Management.
2. Wissenschaftliche Forschungen in Kooperation mit ausländischen Forschungsinstitutionen; Erforschung auch regionaler baltischer Fragen von Königsberg aus.
3. Integrationsarbeit mit ausländischen Ausbildungsstätten im kulturellen Bereich.

Eine solche internationale Ausrichtung der „Neuen Albertina“ sollte natürlich eine weitgehende Anerkennung der Diplome ihrer Abgänger gewährleisten. Sie müßte außerdem mehrsprachige Ausbildungsgänge in russischer, deutscher, litauischer, englischer, polnischer und schwedischer Sprache anbieten. Angebracht wäre dabei wohl, Deutsch zu der lingua franca an der Universität werden zu lassen. Der erste Schritt auf dem Wege zur Euro-Baltischen Universität sollte die Vereinigung aller Hochschulen Königsbergs/Kaliningrads zu einer einheitlichen Universität sein. An den zehn bis zwölf Fachrichtungen müßten Fachkräfte für die verschiedenen Branchen ausgebildet werden, die die Region Königsberg/Kaliningrad benötigt. Neben den Pädagogen, Juristen und Forschern sollte die Universität auch Ärzte, Technologen, Architekten, Designer, Journalisten, Projektmanager, Betriebswirte, Manager, Ökologen, Programmierer, Agronomen und Ingenieure ausbilden. Das alles wird die Universität zum attraktiven Studienort für junge Leute aus unserem Gebiet, aus Rußland und dem russischsprachigen Baltikum machen.

Am 17. August 1994 gedachte die Universität der Gründung der Albertina vor 450 Jahren. Zur Vorbereitung der Feierlichkeiten aus diesem Anlaß wurde 1992 ein deutschsprachiges Kuratorium gebildet. Die deutsche Seite war durch die Angehörigen der Stadtgemeinschaft Königsberg

(Pr.) und der Stiftung Königsberg vertreten. Es fand inzwischen eine internationale Konferenz zur Geschichte der Albertina und der Entwicklung der deutsch-russischen Kultur in der Region statt. Zum Jubiläum wurden 2000 ehemalige Albertina-Absolventen eingeladen.

All das zeugt davon, daß in Übereinstimmung mit der Geschichte der Region Königsberg/Kaliningrad die Traditionen der Albertina nicht mehr geleugnet werden; vielmehr wird versucht, an sie anzuknüpfen. Hoffentlich kommt nun sowohl für die Universität als auch für das ganze Gebiet Nordostpreußens die Zeit der „praktischen Vernunft“, deren Grundlagen das Pflichtbewußtsein und das Gewissen sind. Hoffentlich wird die Universität zur Geburtsstätte einer neuen geschichtsbildenden Kraft in der praktischen Mentalität des kategorischen Imperativs. So könnte die internationale „Neue Albertina“ in der europäischen Geschichte ein Stück im rettenden Sinne des „ewigen Friedens“ arbeiten.

Vladimir Gil'manov, Kaliningrad

Metropolen — Hauptstädte — Zentralstädte: Ihre Entwicklung als Faktoren und Orte staatlicher Repräsentation sowie kultureller und gesellschaftlicher Integration im östlichen Mitteleuropa vom 14. bis zum frühen 17. Jahrhundert

Als Herzog Albrecht von Brandenburg 1544 — ungefähr in der Mitte seiner Regierungszeit — in Preußen die Universität Königsberg gründete, stellte er sich in die Tradition mehrerer Landesherrn vor ihm, die durch Universitätsgründungen ihren Haupt- und Residenzstädten einen metropolitanen Glanz geben wollten. Albrechts Plan gelang, denn vor allem nach der Bestätigung der Universität durch den polnischen König Sigismund August II. im Jahr 1560 entwickelte sich Königsberg zu einem geistigen Zentrum des Nordostens und darüber hinaus zu einem wichtigen Ausgangspunkt des Protestantismus für Polen und Litauen.

Die Gründung der Universität Königsberg fällt in eine Phase intensiver Veränderungen in ganz Europa. In der Übergangsepoche vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit bildeten sich parallel zur Staatswerdung städtische Großzentren heraus. Mit dem Strukturwandel im System und in den Funktionen von Hauptstädten und Zentren vollzog sich die Entwicklung insbesondere von dynastischen Metropolen. In Ostmitteleuropa, wo von einer Existenz starker Regionen mit eigenen Zentren ausgegangen werden kann, stellen Metropolen Orte neuer Integrationsversuche dar. Die Vielfalt der ostmitteleuropäischen Regionalkulturen, die ethnische Pluralität und wechselseitige kulturelle Durchdringung erfordern, diesen Raum als kulturelle Kontaktzone zu akzentuieren. Aspekte der multikulturellen Beziehungen, der Rezeption humanistischer Ideen und der Renaissance lassen sich exemplarisch an den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Funktionen von Metropolen als Schmelztiegel und Brennpunkte erarbeiten.

Am 1. Januar 1994 begann deshalb in Berlin die Arbeit einer Projektgruppe des Forschungsschwerpunktes Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas zu dem Themenfeld „Die Metropolen Ostmitteleuropas: Regionalkultur — Nationalkultur — europäische Kultur“. Institutionell eingebunden ist das Projekt in die von der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. gegründete Tochtergesellschaft „Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben mbH“, die die Aufgabe hat, erfolgversprechende geisteswissenschaftliche Arbeitsvorhaben der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR weiterzuführen und

neue interdisziplinäre Projekte zu fördern. Am 1. Januar 1992 nahmen sieben geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte in den neuen Bundesländern ihre Tätigkeit auf, darunter auch der Forschungsschwerpunkt Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas. Neben dem Metropolenprojekt wurden vier weitere wissenschaftliche Arbeitsbereiche konzipiert, die die Identität Ostmitteleuropas mit jeweils unterschiedlichen Fragestellungen erarbeiten: Forschungen zur „Germania Slavica“, zu „Nationalliteratur und gesellschaftlichem Wandel“ in Ostmitteleuropa im 19./20. Jahrhundert, zur Geschichte der Slawenrezeption und der Ostmitteleuropaforschung sowie zu „Historischen Erfahrungen Ostmitteleuropas: Staatensystem — Nationalstaat — Demokratie“ mit einem ebenfalls neubegonnenen Projekt zur Entwicklung ständischer Systeme in Ostmitteleuropa vom 16. bis 18. Jahrhundert.

Das Metropolenprojekt ist interdisziplinär, komparatistisch und international angelegt. Neben der engen Kooperation mit Forschern und wissenschaftlichen Instituten in den Staaten Ostmitteleuropas sowie dem Kontakt und der Absprache mit entsprechenden deutschen Institutionen erfordert der ausgeprägte kulturelle Aspekt des Arbeitsfeldes als unverzichtbares methodisches Prinzip die Interdisziplinarität der Untersuchungen. Er kommt zum Ausdruck in der Zusammensetzung der Projektgruppe (eine Kunsthistorikerin, zwei Historiker) sowie in der Kooperation mit Historikern, Kunst- und Kulturhistorikern bei der Konzipierung des Projektes. Auf der Grundlage komparatistischer Forschungen sollen die Gesellschaftsgeschichte (Leszek Belzyt), die Kunstgeschichte (Hanna Nogossek) und geistige und kulturelle Zentralfunktionen von Metropolen (Karen Lambrecht) im Vordergrund stehen.

Ein Symposium diene dazu, die Fragestellung des begonnenen Projektes zu präzisieren, Vergleichsmethoden anzuregen und die historisch-kunsthistorische Kooperation zu fördern. Vom 8. bis 10. Juni 1994 fand in Berlin eine Tagung mit dem Thema „Die ostmitteleuropäischen Metropolen im Zeitalter des Humanismus und der Renaissance (ca. 1450 – ca. 1600). Zentralität als politische und kulturelle Integration“ statt, auf der 22 Referenten aus Breslau, Budapest, Krakau, Prag, Thorn, Warschau und Wien sowie aus Marburg und Berlin die gestellte Problematik behandelten. Die Ergebnisse der Tagung werden publiziert.

Herausarbeiten waren zunächst die Komponenten von Metropole, Zentralität und Residenzbildung, deren komplexes Zusammenspiel sowie die Gewichtung dieser Teilfunktionen. Um das Profil des Forschungsprojektes zu konturieren, mußten die Begrifflichkeiten (Metropole, Hauptstadt, Residenz, Herrschaftsmittelpunkt etc.) definiert und eine Typologie von Metropolen aufgestellt werden. In unserer Alltagssprache, aber auch

in der wissenschaftlichen Literatur spricht man schlagwortartig von den „Eurometropolen“ Wien und Prag,¹ der „Handelsmetropole“ Danzig, der „Kunstmropole“ Prag,² Breslau als der „Metropole des Südostens“³ usw., ohne eine Begriffsklärung des meist in Titeln verwendeten Terminus vorzunehmen. Städte wurden als Metropolen bezeichnet, wenn einzelne zentrale Faktoren überregionale Bedeutung qualitativer Art bekamen (wie „Handelsmetropole“) oder zu einer Region in Bezug gesetzt wurden („die Metropole des Südostens“). Zum Wesen der Metropolen gehört auch, daß sie im Widerspruch lebten. Besonders im intellektuellen Klima entwickelte sich ein ambivalentes Verhältnis zu Metropolen zwischen Faszination und Abscheu.

Die Anwendung des Begriffes auf den hier gewählten Zeitraum von gut 200 Jahren zeigt jedoch, daß neben der heute im Vordergrund stehenden Betrachtung der negativen Auswirkungen von Menschenagglomerationen der Blick auf die Epoche der Genese von Metropolen in vielerlei Hinsicht erkenntnisfördernd ist. Der multikulturelle Charakter des deutsch-slawisch-magyarischen Kontaktraums, die Eigenart der ostmitteleuropäischen Regionalentwicklung, die impulsgebende und vermittelnde Rolle der Metropolen beim kulturellen Transfer in diesem Raum machen das Spannungsfeld von Regionalkultur, Nationalkultur und europäischer Kultur deutlich.

Fragen nach der gesellschaftlichen und ethnischen Pluralität, nach der Integrationsfähigkeit der Metropolen, nach ihrer entsprechenden Attraktivität (Zuzug, Anziehungskraft für den Adel) sowie nach dem Beziehungsgeflecht zwischen ihren gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen stehen im Vordergrund der Forschung des Projektmitarbeiters Leszek Belzyt (Berlin). Vergleichend untersucht werden die Verhältnisse in der polnischen, böhmisch-mährischen und ungarischen Ländergruppe. Eine Leitfrage des Projekts ergibt sich aus der Dynamik der strukturellen Veränderungen von Hauptstadtfunktionen und der Konkurrenz von Zentralstädten. Aus welchen Gründen und mit welchen Konsequenzen konzentrieren, konkurrieren oder verlagern sich Haupt- und Zentralstadtfunktionen? Im Gegensatz zu den polnischen und ungarischen Zentren wurde

¹ Elisabeth Lichtenberger, Wien — Prag. Metropolenforschung. Wien (u.a.) 1992.

² Achatz von Müller, Magie und Macht. Die Kunstmropole Prag unter Rudolf II., in: Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin, hrsg. v. Uwe Schultz. München 1993.

³ Ludwig Petry, Breslau in der Frühen Neuzeit — Metropole des Südostens, in: Europäische Städte im Zeitalter des Barock. Gestalt — Kultur — Sozialgefüge, hrsg. v. Kersten Krüger. Münster 1988 (Städteforschung, 28.).

in Böhmen die Mittelpunktfunktion von Prag nie in Frage gestellt, wobei auch Unterschiede zwischen eher föderalistischen und zentralistischen Staatsverfassungen deutlich werden.

Doch nicht nur die Metropolen an sich, sondern auch die Wechselwirkung zwischen Metropolen und ihrem Umland sowie zu den regionalen, kirchlichen und adligen Zentren machen die gegenseitige Beeinflussung deutlich, so in Polen beispielsweise Krakau, Warschau, Gnesen und Danzig; in den böhmischen Ländern Prag, Brünn, Olmütz und Breslau; und in Ungarn Buda, Esztergom, Preßburg und Stuhlweißenburg.

Buda, Prag und Krakau waren nicht nur Zentren politischer Macht, Haupt- und Residenzstädte der Herrscher, sondern ebenso Vororte städtischer, höfischer und kirchlicher Kultur. Die kulturelle und politische Multifunktionalität dieser Städte findet besonders in der Kunst einen sinnfälligen Ausdruck. Der Herrscher und sein Hof, Bürgertum und städtische Eliten, Adel und Klerus prägten das Funktionieren und die Gestalt dieser Metropolen, wobei für jede der genannten Gruppen die Kunst eines der wichtigsten und augenscheinlichsten Mittel der Selbstdarstellung und des Selbstbewußtseins bildete. Mit der Problematik der Übernahme und Aneignung neuer Kunstströmungen am Beispiel von Buda, Krakau und Prag beschäftigt sich Hanna Nogossek. Dabei kommt der Analyse lokaler Voraussetzungen und Traditionen einerseits, den Vermittlungswegen und Rezeptionsformen neuer, internationaler Strömungen andererseits sowie schließlich der Ausbildung eigener regionaler, nationaler Ausdrucksmittel besondere Bedeutung zu. Für die Kunstgeschichte, aber auch die Bildungsgeschichte (Karen Lambrecht), erweist sich die Rolle des Hofes und des Herrschers als kulturbildend und impulsgebend. Eine von oben initiierte und gelenkte „staatliche“ Kunst scheint für den Untersuchungszeitraum prägend zu sein. Wie wurden neue geistige Strömungen wie die Renaissance oder der Humanismus rezipiert und verarbeitet, durch welche Personen oder Institutionen wurden sie getragen und wie setzten sie sich durch? Welche Wechselbeziehungen bestanden dabei zur Kirche? Mit diesen Fragen soll der Grad der kulturellen Anziehungskraft, Ausstrahlung und Integrationsfähigkeit sowie der politische Repräsentationscharakter einzelner Metropolen untersucht und im Vergleich gewichtet werden.

(Kontaktadresse: Prof. Dr. Evamaria Engel und Prof. Dr. Winfried Eberhard, Forschungsschwerpunkt Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, Leipziger Str. 3-4, D-10117 Berlin, Tel. 030/2236-206, Fax 030/2236-204).

Karen Lambrecht, Berlin

Die Feldstudien des Instituts für Länderkunde Leipzig im Gebiet Kaliningrad (Königsberg)

Bis April 1991 war das Gebiet Kaliningrad für Ausländer gesperrt, bot sich dadurch wenig als Forschungsgegenstand an. Literaturrecherchen ergaben, daß es auch für die Wissenschaftler des Geographischen Instituts der Universität Kaliningrad selbst kein besonders intensiv bearbeitetes anthropogeographisches Forschungsobjekt darstellte. Es bestand mithin ein beträchtliches regionalgeographisches Forschungsdefizit. Dies bezieht sich sowohl auf die geplante Errichtung einer Freihandelszone als auch darauf, daß der dortige — politisch bedingte — extreme und rasche Wandel der Kulturlandschaft Einsichten in Wirkungszusammenhänge von kultureller Tradition und gesellschaftlicher Verhaltensweise, Wirtschaftssystem, Siedlungsnetz, Zentralität, Erreichbarkeit und Modalitäten der agrarischen Produktion ermöglicht, die an anderer Stelle so klar nicht zutage treten. Die Isolierung des Gebiets und die Uniformität der Nutzung haben außerordentlich günstige Bedingungen für die wissenschaftliche Analyse geschaffen.

Aus diesen Erwägungen heraus begann das Institut für Länderkunde 1992 mit seinen Forschungsarbeiten im ländlichen Raum des Gebietes Kaliningrad unter dem Projektitel: „Kulturlandschaftswandel und Entwicklungspotential im ländlichen Raum des Gebietes Kaliningrad/Königsberg“, gefördert vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Bearbeitet wurde dieses Projekt von Professor Dr. Hanns J. Buchholz (Gründungsdirektor des Instituts für Länderkunde Leipzig), Dr. Elke Knappe (Mitarbeiterin am Institut für Länderkunde Leipzig), cand. geogr. Christoph Waack (Universität Hannover) und cand. geogr. Detlef Krüger (Universität Hannover).

Das heutige Gebiet Kaliningrad, das frühere nördliche Ostpreußen, war bis 1945 von einer privatbäuerlichen dörflichen Struktur und zumeist kleineren Marktstädten (mittelzentralen Orten) sowie in einigen Regionen auch von Großgrundbesitz geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die noch vorhandene deutsche Bevölkerung restlos vertrieben und das Gebiet der Sowjetunion zugeordnet. Es gehörte nun zu einem kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, dessen Landwirtschaft in der Form großer Kolchos- und Sovchosbetriebe arbeitete. Menschen aus verschiedenen Landesteilen der Sowjetunion besiedelten nunmehr von neuem dieses Gebiet. Aus dieser Konstellation, die sicher nicht häufig auftritt, wurde die Fragestellung des Forschungsprojektes abgeleitet: Wie wurden das im Gebiet Kaliningrad vorhandene Siedlungs- und

Zentralitätssystem, das Straßen- und Wegenetz sowie Landnutzungsmuster und -strukturen von der Administration und der neuen Bevölkerung aufgegriffen bzw. verändert, gibt es aus der 700jährigen deutschen Besiedlung herrührende persistente Merkmale in der Agrarlandschaft des Gebietes, und welche neuen Prägungen erhielt es?

Um diese Fragestellung beantworten zu können, war neben der Kenntnis der Situation im nördlichen Ostpreußen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, durch Studium der umfangreichen Literatur relativ gut nachvollziehbar, eine umfangreiche Feldarbeit im Gebiet Kaliningrad erforderlich.

In Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern des Geographischen Instituts der Universität Kaliningrad wurde das Gebiet systematisch befahren und in drei Beispielräumen der aktuelle Stand der Siedlungen, des Straßen- und Wegenetzes sowie der Landnutzung erfaßt und mit den topographischen Karten der Vorkriegszeit (Meßtischblätter 1:25 000) verglichen. Diese eigenen Beobachtungen wurden durch Zahlenmaterial von örtlichen Behörden, Arbeiten der Universität Kaliningrad sowie durch Befragungen vor Ort ergänzt.

Für den Beginn der Arbeiten wurden zunächst drei Beispielgebiete ausgewählt, um damit die Forschungsbreite etwas einzuengen, da es zunächst einmal galt, Erfahrungen über den Verlauf von Feldforschungen in diesem Gebiet zu sammeln. Das erste Beispielgebiet war ein Gebiet um Polesk (Labiau). Die Stadt Labiau war vor dem Krieg Kreisstadt, und auch Polesk ist das Zentrum des gleichnamigen Rayons. Die Landwirtschaft im Beispielgebiet war klein- bis mittelbäuerlich geprägt. Das zweite Beispielgebiet im Raum Snamensk umfaßte ein Gebiet, in dem schon unmittelbar nach dem Krieg ein Funktionswandel stattfand — anstelle der früheren Kreisstadt Wehlau trat Gvardejsk (Tapiau). Auch gegenwärtig ist Snamensk kein Verwaltungssitz, sondern nur eine „Siedlung städtischen Typs“, wie es jetzt nach der russischen Nomenklatur bezeichnet wird. In diesem Gebiet befand sich vor dem Krieg neben den traditionellen Bauernwirtschaften auch eine Reihe größerer Güter. Das dritte Beispielgebiet im Osten um Furmanovka (Kattenau) unterschied sich durch seine große Anzahl von Einzelhöfen von den anderen Gebieten. Diese Höfe befanden sich vor allem im Norden des Beispielgebietes, während sich im Süden die Flächen des Gestütes Trakehnen befanden. Die ausgewählten Gebiete wiesen mithin vor dem Krieg eine unterschiedliche Landnutzungsstruktur auf.

Mit Hilfe einer Kartierung des gegenwärtigen Zustandes der Landnutzung sollten nunmehr die eingetretenen Veränderungen verdeutlicht werden.

Im Ergebnis dieser Arbeiten des Jahres 1992 entstanden aktuelle Karten der drei ausgewählten Beispielgebiete (Snamensk/Wehlau; Polesk/Labiau; Furmanovka/Kattenau). Die Kartierungen und die sie ergänzenden Befragungen konzentrierten sich dabei auf folgende Merkmale:

a) Siedlungen

Schon aus den Literaturarbeiten war erkennbar, daß eine Reihe von Siedlungen nicht mehr existiert. Dies wurde nunmehr durch ein Befahren der ausgewählten Gebiete nachgeprüft und entsprechend in den Karten vermerkt. Es wurden dabei unterschiedliche Grade der Wüstungen festgestellt — es gab ganze Dörfer, die nicht mehr existierten, aber auch Teilwüstungen bzw. nicht mehr bewohnte Einzelhäuser. Zum Teil war der Grad des Zerfalls schon sehr weit fortgeschritten, so daß mitunter nur noch die ehemaligen Hausgärten, Fundament- und Straßenreste erkennen ließen, daß sich an dieser Stelle eine Siedlung befunden hatte. In anderen Dörfern — vor allem dann, wenn sie gegenwärtig Sitz einer Kolchos- oder Sovchosverwaltung sind — fand eine Dorferweiterung statt, in aller Regel entlang der vorhandenen Straßen. Auch diese Veränderungen wurden für die Karten erfaßt. Weiterhin wurden der Charakter der Siedlungen und ihre Funktion untersucht. Es ergab sich auch hier ein Funktionswandel: Die landwirtschaftliche Produktion findet meist außerhalb der Dörfer statt — auf den mitunter weit entfernten Feldern und in Stallungen, die sich ebenfalls oft abseits der Dörfer befinden. Vollkommen aus den Dörfern verschwunden sind Handwerksbetriebe und andere Dienstleistungen, die großen Landwirtschaftsbetriebe haben eigene Werkstätten, und die Bevölkerung muß bei Bedarf in die Kreisstadt fahren.

Die aus der deutschen Zeit noch erhaltenen Stallgebäude der größeren Güter werden oft noch weiter genutzt, während die ehemaligen Gutshäuser selbst nur sehr selten, z.B. als Kulturhaus, verwendet werden; wahrscheinlich spielten hier ideologische Gründe eine Rolle. Die in den meisten Dörfern vorhandenen Kirchen ließ man entweder verfallen, oder man nutzt sie als Speicher und Lagerhaus.

Aus den Auswertungen des statistischen Materials läßt sich erkennen, daß sich der Anteil der ländlichen Bevölkerung mit Beginn der 60er Jahre ständig verringerte, erst ab 1992 ist diese Tendenz nicht mehr zu beobachten.

In allen untersuchten Dörfern war eine intensive private Hauswirtschaft feststellbar, der Grad der Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist als sehr hoch einzuschätzen. Dies bestätigen auch die Befragungen in den einzelnen Dörfern der Untersuchungsgebiete. Erwähnenswert

ist auch, daß die Befragten diesen Interviews sehr aufgeschlossen gegenüberstanden und bereitwillig Auskunft gaben.

b) Straßen-, Wege- und Schienennetz

Die Befahrung des Gebiets Kaliningrad zeigte eine sehr deutliche Ausdünnung des Straßen- und Wegenetzes. Kleinere Siedlungen waren sehr schlecht erreichbar, vor allem auch in den Grenzgebieten zu Polen war der Straßenzustand schlecht. Ein Teil der früher vorhandenen Straßen, der zu nunmehr wüst gefallen Siedlungen führte, ist zugewachsen, ein anderer Teil wurde Bestandteil der sehr viel größer gewordenen Felder. Der Zustand vor allem des Wegenetzes war sehr stark von der wirtschaftlichen Bedeutung des Weges für den Kolchos/Sovchos bestimmt, und er war immer dann gut unterhalten, wenn er zu einem Wirtschaftsobjekt des Betriebes führte. Die Verbindung der Dörfer untereinander war dagegen oft schlecht, mitunter nicht vorhanden.

Einen Ausbau erfuhr die frühere Reichsstraße 1, sie ist die Hauptverkehrsstraße, welche das gesamte Gebiet von West nach Ost durchquert und dadurch für die Wirtschaft sehr wichtig ist. Am schwierigsten befahrbar sind die Waldwege, die Forstwirtschaft wird nicht mehr so intensiv betrieben, wie das den Berichten aus der Vorkriegszeit zu entnehmen ist. Das Schienennetz ist wesentlich dünner geworden, das gesamte Kleinbahnnetz ist verschwunden.

c) Landwirtschaftsbetriebe und Landnutzung

Eine der wichtigsten Zielstellungen des Projektes war die Erfassung des aktuellen Zustandes der Landnutzung und darunter wiederum die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen. Die Kartierung der Flächennutzung in den drei erwähnten Beispielgebieten erbrachte eine starke Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit. Die Landwirtschaftsbetriebe sind zwischen 2 000 und 5 000 ha groß, haben einen hohen Grünlandanteil und eine wenig gegliederte Fruchtfolge, die sich vor allem aus Getreide und Futterkulturen (Menggetreide) zusammensetzt.

Die Flächenbegehung und -befahrung gehörte zum aufwendigsten Teil des Projektes. Um eine exakte Aussage über Nutzungsart und Kulturzustand der Flächen treffen zu können, mußten sie aufgrund ihrer Größe oft von mehreren Seiten her angefahren werden. Dadurch erhielt man jedoch einen sehr guten Überblick über deren Zustand und Nutzung. Insgesamt kann festgestellt werden, daß die landwirtschaftliche Nutzung eher extensiv ist, gemessen an unseren Maßstäben. Dies betrifft sowohl die pflanzliche als auch die tierische Produktion. Befragungen in den Betrieben machten deutlich, daß in den Leitungen oft

gut ausgebildete Spezialisten tätig waren, aber es fehlten die materiell-technischen Ressourcen einerseits sowie eine ausreichende Motivation der Landarbeiter und Kolchosmitglieder andererseits.

Die Festlegung der neuen Betriebsgrenzen war ebenfalls eine Fragestellung — berücksichtigte man möglicherweise frühere Gutsbezirksgrenzen (analog den Verwaltungsgrenzen) oder ging man von anderen Gesichtspunkten aus? Anhand der topographischen Karten ließ sich die Grenzfestlegung gut nachvollziehen — das wichtigste Kriterium hierbei waren solche Merkmale des Geländes wie Straßen, Wasserläufe, Geländeerhebungen und Bahnlinien. Frühere Zusammenhänge wurden dabei nicht berücksichtigt, dies machte sich u.a. für das Meliorationssystem nachteilig bemerkbar.

Die Kartierung der Waldbestände wies darauf hin, daß eine leichte Erweiterung der Waldflächen erfolgte, offensichtlich vorwiegend auf natürlichem Wege. Die Kartierung der Flächennutzung umfaßte auch die Aufnahme von Flächen, die industriell oder militärisch genutzt wurden, sofern sie so zugänglich waren, daß sie sicher zuordenbar waren.

Im Jahre 1993 schloß sich an diese Arbeiten ein Projekt mit dem Titel „Konsequenzen großflächig parzellierter Landwirtschaft auf Landnutzungsmuster und Siedlungsgefüge. Das Gebiet Kaliningrad“ an, welches ebenfalls vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert wurde. Dabei wurden über die Beispielgebiete hinaus die Zusammenhänge zwischen den Landwirtschaftsbetrieben und den Siedlungen in stadtnahen und in peripheren Regionen näher untersucht.

Zielstrebig waren ab 1945 analog zu den anderen Teilen der Sowjetunion auch im Gebiet Kaliningrad Kolchosen und Sovchosen gebildet worden, die durch Zusammenlegung mehrerer Betriebe immer größer wurden. Das Land blieb Staatseigentum. Die untersuchten Landwirtschaftsbetriebe vermochten zwar im Verlaufe der Jahre ihre landwirtschaftliche Produktion zu steigern, aber die Erträge waren von Jahr zu Jahr und von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich, und nicht in jedem Fall waren diese Unterschiede mit natürlicher Gunst oder Ungunst zu erklären. Wenig deutlich trat bei den Untersuchungen auch ein Unterschied im Produktionsprofil in Abhängigkeit von der Lage zu einer größeren Stadt auf. Die gesamte landwirtschaftliche Produktion erwies sich als relativ einheitlich gegliedert.

Die Studien in den großen Landwirtschaftsbetrieben hatten auch das Ziel, den Einfluß der Großraumwirtschaft auf die in anderen Ländern zu beobachtende Ausräumung der Landschaft zu untersuchen. Dabei ergab sich, daß durch die zwar auf großen Flächen, aber sehr intensiv betriebene

Landwirtschaft sehr viel Buschwerk teils als Inseln im Feld oder aber als Felddrain vorhanden ist und ein Teil der Weideflächen nahezu als naturbelassen bezeichnet werden kann. Eine Neulandgewinnung oder Inkulturnahme vorher nicht landwirtschaftlich genutzter Flächen ist im Gebiet Kaliningrad nicht zu verzeichnen, die landwirtschaftliche Nutzfläche hat sich im Vergleich zum Vorkriegsstand verringert, vor allem in den sehr stark zur Vernässung neigenden Niederungsgebieten.

Im zweiten Teil des Projektes wurden die Veränderungen untersucht, die im ländlichen Raum im Zusammenhang mit dem Übergang Rußlands zu marktwirtschaftlichen Wirtschaftsformen zu beobachten sind. Es beinhaltet die beginnende Privatisierung von Grund und Boden und die damit verbundene Entstehung einer Schicht von Privatbauern sowie die Umwandlung der Kolchos- und Sovchosbetriebe in eingetragene Genossenschaften bzw. Aktiengesellschaften.

Im Kaliningrader Gebiet setzt sich die ländliche Bevölkerung aus Menschen zusammen, die nie Eigentümer von Boden in dieser Region waren und die ursprünglich nicht in diesem Gebiet beheimatet sind. Dies ist eine Besonderheit des Gebietes, welche man sonst in der ehemaligen Sowjetunion nicht vorfindet. Bei allen Befragungen, die im Gebiet durchgeführt wurden, war auch die Frage nach der Herkunft und der früheren Tätigkeit der Menschen enthalten. Daraus ergab sich eine große Vielfalt der Herkünfte aus den unterschiedlichen Gebieten und Ethnien. Es zeigte sich, daß neben den im Gebiet Kaliningrad Geborenen nach wie vor eine große Anzahl von Zuwanderern sowohl auf dem Land als auch in der Stadt lebt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Geographischen Institut der Universität Kaliningrad wird der Verlauf der Privatisierung und deren möglicher Einfluß auf Landnutzungsmuster und Siedlungsgefüge im Gebiet untersucht. Dieser Prozeß ist sehr bedeutsam, findet doch mit ihm eine zweite einschneidende Veränderung der Landnutzungsmuster nach dem Übergang zur großflächig parzellierten Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Erste Ergebnisse lassen erkennen, daß es vor allem die fehlenden Rahmenbedingungen sind, welche einer erfolgreichen Privatisierung und der damit erhofften höheren Effektivität der Landwirtschaft im Wege stehen. Eine Kartierung der nunmehr privat genutzten Flächen in den Beispielgebieten soll dazu dienen, Regelmäßigkeiten im Privatisierungsprozeß aufzudecken und deren Ursachen herauszufinden.

Seit 1994 werden die Arbeiten im Gebiet Kaliningrad auf der Basis eines dankenswerterweise vom Bundesministerium des Innern geförderten Projektes durchgeführt; dabei wird, aufbauend auf den Erkenntnissen der vorangegangenen zweijährigen intensiven Forschungsarbeit, vor allem der

Frage nachgegangen, welche Kulturmerkmale aus deutscher Zeit unter den nunmehr veränderten politischen Bedingungen von der jetzigen Bevölkerung möglicherweise bewußt wieder aufgegriffen und in Wert gesetzt werden. Ein verstärktes Interesse der russischen Bevölkerung an der Vergangenheit des Gebietes konnte bei den bisherigen Befragungen und bei der Zusammenarbeit mit den Fachkollegen in wachsendem Maße festgestellt werden. Bedingt durch die räumliche Isolierung des Gebiets und seine Entfernung zum Verwaltungssitz Moskau, ist die Suche nach eigenständigen Entwicklungsmöglichkeiten für das Gebiet verstärkt spürbar. Eine Möglichkeit ist die Errichtung der Freihandelszone „Jantar“. Da diese Freihandelszone nicht nur auf die Stadt Kaliningrad begrenzt sein kann, sondern dafür auch ein gut funktionierendes Hinterland erforderlich ist, ist das Interesse der russischen Partner an den Ergebnissen der im Rahmen der Projekte durchgeführten Feldarbeiten sehr groß, da damit ein Beitrag zur Bestimmung des Entwicklungspotentials des ländlichen Raumes im Gebiet Kaliningrad geleistet wird.

Ergebnisse der Projektarbeit wurden in den Heften „Europa Regional“ 1/1993 und 2/1993 veröffentlicht, und die am Projekt beteiligten Studenten des Geographischen Instituts der Universität Hannover fertigten zwei Diplomarbeiten an, die sich mit der Entwicklung des Gebietes Kaliningrad befassen.

Im Mai 1993 und im September 1993 wurden in Leipzig bzw. Palanga, Litauen zwei Symposien vom Institut für Länderkunde organisiert und durchgeführt, welche sich mit den aktuellen Entwicklungsproblemen des Gebiets Kaliningrad und seiner Nachbarstaaten beschäftigten.

Elke Knappe, Leipzig

**Nördliches Ostpreußen – sowjetischer Militärbezirk –
russische Exklave.
Bericht über eine Tagung der Evangelischen Akademie
Berlin-Brandenburg vom 6. bis 8. Mai 1994**

Mit dem politischen Umbruch in Ost- und Mitteleuropa, dem Zerfall der Sowjetunion und insbesondere der Öffnung des Kaliningrader Gebiets richtete sich auf das frühere nördliche Ostpreußen die Aufmerksamkeit der politischen und kulturellen Öffentlichkeit. Im Rahmen der Osteuropa-Tagungen der Evangelischen Akademie lag es deshalb nahe, diesem Thema eine eigene Veranstaltung zu widmen. Die Tagung führte Vertreter von Wissenschaft und Kirche, politischer und kultureller Öffentlichkeit, frühere Bewohner Ostpreußens und heutige Kaliningrader mit vielen anderen Interessierten zusammen. An der Tagung nahmen ca. 80 Personen teil, darunter — von den eingeladenen Referenten abgesehen — mehrere in Berlin wohnende Polen und Litauer. Anliegen und Konzeption der Berliner Tagung lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

- Über die Geschichte des Kaliningrader Gebiets seit 1945 ist kaum etwas bekannt. Für das Verständnis der aktuellen Situation ist es deshalb unabdingbar, diese „weißen Flecken“ so weit wie möglich auszufüllen.
- Hintergrundinformationen über die aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklung unter Berücksichtigung der historischen und geographischen Spezifik des Gebiets, insbesondere die Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften nach 50 Jahren verordnetem Atheismus und Sowjetisierung.
- Diskussion über Perspektiven des Gebiets und insbesondere die Frage, in welcher Weise sich Deutsche im Kaliningrader Gebiet engagieren sollten.

Zur Geschichte nach 1945 referierten Ruth Kibelka (Berlin) und Svetlana Galcova (Kaliningrad). Kibelka berichtete auf der Basis von Archivbeständen des Kaliningrader Staatsarchivs und Interviews mit Zeitzeugen über die Ausweisung der Deutschen 1947/48. In den Aussiedlungsvereinbarungen des Potsdamer Abkommens wurde über die Königsberger Ostpreußen nichts bestimmt. Aus welchen Motiven Stalin dann doch beschloß, die verbliebene deutsche Bevölkerung auszusiedeln, ist bisher noch nicht geklärt. Die Referentin unterstrich jedoch, daß die „massiven Forderungen der Deutschen nach Ausreise eine nicht zu unterschätzende

Rolle“ für das Zustandekommen dieses Beschlusses gespielt haben dürften.

Einzelne individuelle Ausreisen zu Verwandten in die SBZ wurden im Frühjahr 1947 genehmigt. Die organisierte Aussiedlung erfolgte aufgrund eines Beschlusses des Ministerrates der UdSSR vom 11. Oktober 1947 („Über die Umsiedlung der Deutschen aus der Kaliningrader Oblast in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands“). Noch im gleichen Monat begann die Aktion, die ein Jahr später abgeschlossen wurde: „Der letzte, der 48. Zug mit deutschen Aussiedlern, verließ Kaliningrad am 21.10. 1948. Insgesamt wurden 102 125 Personen ausgesiedelt, darunter 1 076 aus der Litauischen SSR.“

Die Historikerin Svetlana Galcova sprach zum Thema „Geschichte des Kaliningrader Gebietes in der sowjetischen Forschung“. Sie betonte „das negative Verhältnis zur vorsowjetischen Vergangenheit“, das sich im Geschichtsbewußtsein der Kaliningrader mit den Erfahrungen des Krieges verband. Doch auch die Nachkriegsgeschichte war in weiten Bereichen tabuisiert, die wissenschaftliche Forschung den ideologisch-politischen Erfordernissen der „Sowjetwissenschaft“ unterworfen. Dies hat sich grundsätzlich erst in den 90er Jahren geändert, noch nicht zu Zeiten der Perestrojka — lediglich das Thema Beziehungen der Russen zur Aussiedlung der Deutschen wurde bereits während der Gorbačëv-Ära aufgenommen. Nunmehr hat sich jedoch die „Zahl der Institutionen und Zentren, die sich mit der Geschichte der Region beschäftigen, bedeutend erhöht“. Allerdings werde das Interesse an Ostpreußen, das latent immer vorhanden war, leider nicht nur auf seriöse Weise artikuliert — für manche sei es eine Prestigefrage, für andere ein einträgliches Geschäft. Für Svetlana Galcova hängt die Zukunft des Gebiets vor allem von der Entwicklung in Moskau ab, und in diesem Zusammenhang sei eine drohende „politische Selbstisolierung Rußlands“ die größte Gefahr.

Einen Überblick zur gegenwärtigen wirtschaftlich-ökologischen und politisch-militärischen Entwicklung im Kaliningrader Gebiet, zu den Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen sowie der Anrainerstaaten gab Guido Mathes. Das Hauptproblem bei der Umsetzung der ehrgeizigen Wirtschaftsförderungspläne im Rahmen der Freihandelszone „Jantar“ ist die nach wie vor bestehende Militärkonzentration (140 000 Soldaten), in der die kleineren Nachbarn Polen und Litauen eine Bedrohung sehen. Die Zahl der polnischen Streitkräfte insgesamt ist etwa so hoch wie die der russischen allein im Kaliningrader Gebiet, Litauen verfügt über einen Bruchteil.

Die menschliche Dimension des sozialen Zusammenlebens im Kaliningrader Gebiet kam besonders im Beitrag von Kurt Beyer zur Sprache. Der

aus Dresden stammende Propst der Evangelisch-Lutherischen Kirche charakterisierte die religiöse und geistige Situation der Menschen, die ihrer geschichtlichen Wurzeln beraubt wurden. Nun sei das „atheistische Musterland zum Missionsgelände“ geworden — neben der Russisch-Orthodoxen, der Katholischen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche sind zahlreiche weitere Religionsgemeinschaften aktiv: Baptisten, Neupostolische, Adventisten, diverse Sekten, eine kleine jüdische Gemeinde und eine islamische Vertretung (für die azerbajdžanische Minderheit).

Die evangelische Kirche — sie bemüht sich hauptsächlich um die Integration der Rußlanddeutschen, die aus den Krisengebieten der Ex-Sowjetunion einwandern — hat inzwischen 18 Gemeinden gegründet. Beyer hält seine Gottesdienste in Deutsch und Russisch, um niemanden auszugrenzen, und freut sich über das zunehmende Interesse auch der einheimischen Russen, klagt aber über Probleme der praktischen Zusammenarbeit mit der Gebietsverwaltung. Nach dem Abbruch aller religiösen Tradition und Erinnerung sei es das Hauptproblem, „neue Ausdrucksformen“ zu finden. Der Glaube sei „auf der Suche nach einer neuen Sprache“.

Jerzy Bahr, Generalkonsul der Republik Polen in Kaliningrad, nahm an der Tagung teil und trug in einem Statement seine persönliche Meinung vor. Auch er betonte die Chance, nach dem Umbruch nun endlich „die schmerzliche menschliche Seite der Geschichte“ ansprechen zu können. Die „intellektuelle deutsch-russische Brücke“ während der Tagung sei für ihn „äußerst interessant“. Russen und Deutsche könnten am besten über das Gebiet sprechen, während „andere Staaten und Völker eher daneben stehen“. Doch sollte als Grundlage dieses Dialogs gelten, daß „wir alle Flüchtlinge sind“. Bahr berichtete von seiner Entdeckung, daß sich in einigen Orten im Süden des Gebiets (Gerdauen, Heiligenbeil, Preußisch-Eylau) vor der endgültigen Festlegung der Grenze auch einige Hundert Polen ansiedelten, die heute in einem „schrecklichen wirtschaftlichen Zustand“ leben. „Man sieht ihnen an, was aus Menschen wird, die ohne Sprache und Religion auskommen“ müssen. Erst seit einem Jahr gibt es eine katholische Gemeinde in Heiligenbeil.

Das politische Motiv für die Präsenz Polens in Kaliningrad ist laut Bahr die Tatsache, daß „sich die Umgebung absolut geändert hat“ — an sämtlichen polnischen Grenzen entstanden neue Staaten. Man mußte einen „neuen Rahmen für diese Situation finden“. In dieser Entwicklung sei auch das Königsberger Gebiet ein unbekannter Nachbar. Zur Erörterung und Lösung praktisch-politischer Fragen gibt es polnisch-russische Runde Tische, die bisher zweimal in Kaliningrad tagten. Von besonderer Bedeutung — auch im Blick auf potentielle nationale Konflikte — sei die Entwicklung im kulturellen Bereich, in dem es interessante Phänomene

gebe. Derzeit hänge zwar alles von der Wirtschaft ab, dennoch sei die Situation komplizierter, als daß man einfach vom „deklarativen Charakter der Freihandelszone“ sprechen könne. Die Idee dieser Zone liege darin begründet, daß die Situation in Kaliningrad objektiv eine andere sei als im Rest von Rußland und sich Kaliningrad deshalb auch anders entwickeln müsse. Immer mehr Menschen würden dort trotz aller Schwierigkeiten eine Chance für sich entdecken. Man könne also nicht sagen, daß die Leute keine Zukunft sähen.

Gerhard Gnauck wies auf den Prozeß der Entdeckung deutscher Kultur in den letzten Jahren hin und begrüßte die zunehmende Bereitschaft, auch die für Rußland schmerzlichen Seiten der Geschichte anzusprechen. So veröffentlichte die Zeitung „Jantarnyj Kraj“ (Bernsteinland) im August 1993 einen Artikel, in dem „zum ersten Mal in nicht zu überbietender Offenheit und Schärfe auf die Kriegsverbrechen sowjetischer Soldaten 1944/45“ eingegangen wird — mit Fotos aus Quellen des Bundesarchivs, die in Deutschland von den Vertriebenenverbänden oft publiziert wurden, aber in Rußland völlig unbekannt sind. Die Veröffentlichung löste einen Schock aus — es gab erregte Diskussionen und zahlreiche Proteste, aber dennoch setze sich immer mehr die Meinung durch, daß nur auf der Basis der geschichtlichen Wahrheit eine Verständigung mit den Gästen, die heute das Gebiet besuchen, möglich sei — vornehmlich den ehemaligen Ostpreußen. Nach Gnaucks Beobachtung gehen die in der russischen Bevölkerung vorhandenen Bestrebungen zu einem „Anschluß an Deutschland“ oder einer Autonomisierung tendenziell zurück. Im Gegensatz zu Bahr vertrat er die Einschätzung, die Russen reagierten „viel pessimistischer und nervöser“ auf die Gesamtlage als vor zwei Jahren. Als Beleg für diese These verwies er auf eine Spirale gegenseitiger Verdächtigungen und Beschuldigungen in den letzten Monaten — plötzlich gälten Nationalitätenkonflikte nicht mehr als ausgeschlossen. Der Beschluß einer unbedeutenden rußlanddeutschen Gruppe in Moskau, im Kaliningrader Gebiet eine baltische rußlanddeutsche Republik zu errichten, werde von Nationalisten und Kommunisten zum Wahlkampfthema gemacht, obwohl sich die Rußlanddeutschen vor Ort sofort distanziert hatten. In den Beziehungen mit Litauen sei in letzter Zeit eine Verschlechterung festzustellen — es geht um Ölvorkommen vor der Kurischen Nehrung, wo der Grenzverlauf zwischen beiden Ländern strittig ist. An der Grenze zu Polen hätten sich Kosaken angesiedelt, die die Gebietsverwaltung in die reguläre Armee einzubinden versuche. Gegen die Eröffnung des deutschen Generalkonsulats rege sich inzwischen Widerstand. Alle diese Elemente könnten Vorboten für einen regionalen Konflikt sein. Gegen Svet-

lana Galcova wandte Gnauck ein, die Abhängigkeit des Gebiets von Rußland sei geringer als gemeinhin angenommen.

Dieser Auffassung widersprach die zweite russische Hauptreferentin, die Moskauer Soziologin und Publizistin Marina Pavlova-Silvanskaja. Die Exklave könne sich kaum günstiger entwickeln als Rußland insgesamt. Sie sprach über das Kaliningrader Problem im baltischen und Moskauer Kontext, ohne sich mit der offiziellen Außenpolitik voll zu identifizieren. In den ersten Jahren der Perestrojka habe es keine Kaliningrad-Politik gegeben. Pragmatische russische Interessen wurden erst nach dem Zerfall der Sowjetunion artikuliert. Derzeit wird intensiv an einem politischen Konzept gearbeitet, das noch nicht offiziell verabschiedet wäre, dessen Hauptlinien aber schon zu sehen seien. Während sich in den Wirtschaftsfragen einschließlich der komplizierten Transitprobleme für militärische und zivile Güter in den Verhandlungen mit Litauen immer mehr die „Sprache des Kompromisses“ durchsetze, seien die politischen Beziehungen mit den baltischen Staaten von einer „Kakophonie“ begleitet — einer Politik der Nadelstiche auf allen Seiten. Die baltischen Länder bauten jetzt ihre souveränen Nationalstaaten und im Schatten des großen Nachbarn fühlten sie sich unsicher. Sie sähen aber nicht, daß die Russen auch zum ersten Mal ihren nationalen Staat aufbauten und die gleichen Probleme und Komplexe hätten — Wirtschaftschaos, innere Schwäche, Zerfall der Armee, separatistische und sezessionistische Tendenzen. Durch den jüngsten Vertrag mit Weißrußland sei die „Zone der strategischen Isolation“ Rußlands durch einen „cordon sanitaire“ vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer durchbrochen, was eine enorme psychologische Wirkung habe. Frau Pavlova-Silvanskaja zitierte die offizielle Moskauer Position: „Die Hauptsache ist Rußlands Souveränität. Wir werden die Truppen vielleicht reduzieren, aber dann, wenn es uns paßt, und nicht unter irgendwelchem Druck.“ Nach den Diskussionen über verschiedene Optionen — von Marion Dönhoffs Kondominium-Vorschlag bis zur Idee einer vierten souveränen baltischen Republik — habe sich nunmehr folgende Position durchgesetzt: Öffnen soweit wie möglich, aber die Partner diversifizieren, damit kein einzelnes Land fest Fuß faßt. Man wolle günstige Bedingungen für die Entwicklung der Exklave schaffen, aber nicht unbedingt unter dem Leitbegriff der Wirtschaftszone. Auf die Frage, wie sie die deutsche Präsenz beurteilte, antwortete Frau Pavlova-Silvanskaja, die Deutschen seien gern gesehen, sollten aber „nicht übertreiben“.

Fazit: Unterschiedliche Auffassungen im Detail ändern nichts am Gesamteindruck, den die Tagung vermittelte — alle Seiten betrachten ein „europäisches Engagement“ in Kaliningrad unter Anerkennung des politisch-territorialen Status quo als wünschenswert. Kaliningrad ist kein

akutes Krisengebiet, vielmehr ein „gemeinsames Sorgenkind“, wie es die Autorin Ulla Lachauer ausdrückte, die aus ihrem Buch „Die Brücke von Tilsit“¹ las. Somit besteht Anlaß zu vorsichtigem Optimismus — Kinder, um die man sich sorgt, müssen nicht die schlechteste Zukunft vor sich haben.

Ludwig Mehlhorn, Berlin

¹ Ulla Lachauer, Die Brücke von Tilsit. Begegnungen mit Preußens Osten und Rußlands Westen. Reinbek b. Hamburg 1994.

**450 Jahre Gründung der
Albertus-Universität Königsberg.
Jahrestagung der Historischen Kommission für
ost- und westpreußische Landesforschung
am 18./19. Juni 1994 in Oldenburg**

Für ihre diesjährige Tagung hatte die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in das Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg geladen. Das Interesse richtete sich dabei auf das 450jährige Gründungsjubiläum der Albertus-Universität Königsberg, das in diesem Jahr gefeiert wird. So war es während der zwei Tage das Ziel der Kommission, in einer Reihe öffentlicher Vorträge die Geschichte dieser Universität aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten und zugleich ein breiteres Publikum mit der Arbeit der Kommission bekannt zu machen. Es war erfreulich, daß das Vortragsangebot der Kommission bei zahlreichen Interessenten aller Altersgruppen ein positives Echo fand.

Ebenso bot sich aber anläßlich der Tagung für viele Besucher erstmals die Gelegenheit, das 1989 in Oldenburg gegründete Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte kennenzulernen. So wurden die Grußworte seines Direktors Werner Broll, eine Einführung in die Tätigkeitsfelder des Instituts und die Gastfreundschaft dankbar aufgenommen.

Die lange Geschichte der Universität Königsberg macht es notwendig, den Blick nicht einfach nur auf ihre Chronologie zu richten. Verschiedene Aspekte des universitären Lebens sollten herausgearbeitet werden. So schilderte Helmut Freiwald (Oldenburg) „Das ständepolitische Umfeld der Universitätsgründung in Königsberg“. Im September 1539 schrieb der Wittenberger Gelehrte Georg Joachim von Lauchen, gen. Rheticus, der als Gast des Nicolaus Copernicus in Frauenburg weilte, einen Bericht an seinen Lehrer in Nürnberg, das *Encomion Prussiae*, in dem er das Preußenland in seinen Teilen, seine Landschaft, Bewohner und Kultur schilderte. Das Herzogtum nahm darin einen nicht geringen Platz ein, war der Autor doch Herzog Albrecht für Gefälligkeiten zu Dank verpflichtet. In diesem Zusammenhang stellte Rheticus den Herzog nicht nur als Freund und Förderer von Künsten und Wissenschaften dar, sondern er vermittelte dem Adressaten seines Briefes einen Eindruck des kulturellen Klimas im Herzogtum Preußen wenige Jahre vor der Gründung der Albertina.

Die Idee einer Universität im Preußenland war nicht neu. Der Deutsche Orden hatte sein Vorhaben, eine Landesuniversität in Kulm zu gründen, nie verwirklicht. Nur ein Gymnasium stand den Lernenden offen. Grund

dafür war nicht zuletzt das Fehlen eines gesamtständischen Willens zum Unterhalt der Hochschule. Der ermländische Bischof Lukas Watzenrode († 1512) griff diese Idee wieder auf und wollte in Elbing, als Vorstufe einer (präreformatorischen) Universitätsgründung, eine Kollegiatskirche gründen. Der Elbinger Rat fürchtete jedoch den bischöflichen Einfluß in der Stadt und unterließ solche Pläne, indem er 1508 als städtische Schule das Ratsgymnasium gründete.

Die Notwendigkeit einer Hochschule war also unbestritten. Die Immatrikulationen preußischer Studenten bei auswärtigen Universitäten belegen das. Die Reformation hatte nun die Gewichte verschoben, wie von Lauchen schreibt. Nun traf das landständige Begehren nach einer höheren Schule und einer Landesuniversität zusammen mit dem landständischen Wunsch, das eingezogene Kirchengut der herzoglichen Verfügungsgewalt zu entziehen. So entstand die Idee, das disponible Kirchengut zur ökonomischen Basis einer Universitätsgründung zu machen. Georg von Polenz († 1550), erster Konservator der Albertina, und die Vertreter der Stände des Herzogtums können so als „Urväter“ der Universität Königsberg betrachtet werden.

Kontrovers wurde anschließend die Frage diskutiert, ob die Gründung der Hochschule Ausdruck eines gesamtpreußischen ständischen Bewußtseins und eines Gemeinschaftsgefühls gewesen sei oder ein innerer Prozeß des Herzogtums, das sich vom Königlichen Preußen und ermländischen Bistum entfernt hatte. Dabei wurde auch deutlich, daß sich die Städte vor der Reformation zwar nicht gegen die wirtschaftlichen Möglichkeiten wehrten, die eine Universitätsgründung bescherte, sie gleichwohl aber als Einfallstor landesherrlichen Einflusses fürchteten. Das blieb auch nach der Reformation bestehen, woraus sich städtischer Widerstand, den die Ständekonflikte der Jahre 1528/29 schürten, gegen die landesherrlichen Pläne erklären läßt.

Der zweite Vortrag führte ins 18. Jahrhundert. Joseph Kohnen (Luxemburg) sprach über „Andrej Bolotows Königsberg-Aufzeichnungen (1758–1761) im Blickfeld der ostpreußischen Literaturgeschichte“. Andrej Bolotow, aus verarmtem Landadel stammend, war Unterleutnant in der russischen Armee, die 1758 Königsberg und Ostpreußen für einige Jahre besetzte, und ein kluger Kopf. Ob seiner guten Deutschkenntnisse wurde er Übersetzer des Besatzungskommandanten und kam so mit zahlreichen Königsbergern in Berührung. Seine Erlebnisse hielt er in vielen Briefen fest, die auch ediert worden sind.¹ Die deutsche Literaturforschung hat

¹ Leben und Abenteuer des Andrej Bolotow von ihm selbst für seine Nachkommen aufgeschrieben (1738–1795). 2 Bde., hrsg. v. Wolfgang Gruhn. München 1990.

jedoch bisher nur wenig Kenntnis von ihm genommen, was erstaunen muß, war Bolotov doch in Königsberg, als sich die dortige Universität gerade zu ihrer zweiten Blüte zu erheben begann: Als er in Königsberg eintraf, war Kant gerade 34 Jahre alt und begann seine akademische Laufbahn, der 28jährige Johann Georg Hamann pendelte zwischen Königsberg und Riga. Johann Lauson (31) war Lehrer, Johann Gotthelf Lindner (29) Schulrektor in Riga. Theodor von Hippel schließlich studierte 17jährig im dritten Jahre Theologie.

Aus westlicher Sicht war Königsberg zweitrangig. Es hatte etwa 150 000 Einwohner, war zwar Garnisons-, Universitäts- und Hauptstadt, blieb jedoch wegen seiner Insellage in einem wenig erschlossenen Land ohne Anziehungskraft. Für den armen russischen Landadeligen aber war die Stadt der Symbolort Preußens und ein Zentrum der hochgeschätzten westeuropäischen Kultur. Das gilt selbst für den städtebaulichen Aspekt, wie die Stadtbeschreibung Bolotovs zeigt, auch wenn er dabei einen ungeschulten Blick und einen Mangel der rechten Worte offenbart. Doch erfahren selbst Grünflächen und Brunnen eine Würdigung.

Als enger Mitarbeiter lernte Bolotov den russischen Kommandanten Korf gut kennen, und er charakterisiert ihn als prunksüchtigen Tyrannen, der seine Position familiären Beziehungen und der Gunst der Zarin verdankte. Die deutsche Historiographie rühmt Korf wegen seiner Freundlichkeit, doch sprach er nicht einmal Russisch. Gleich vielen anderen Offizieren seiner Armee stammte er aus baltendeutschem Adel und hatte wie sie nur wenig Bildung erfahren. Gleichwohl ergaben sich durch die Besetzung für die Königsberger viele neue Kontakte und Beziehungen bis Mitau und St. Petersburg.

Die russischen Offiziere und Soldaten verfielen bald den Reizen der Hafen- und Handelsstadt und führten ein ausschweifendes Leben, was Bolotov und auch preußische Literaten beklagen. Dem alten Kant galt Rußland noch als fremd und rückständig. Die Besetzung selbst versuchten die Intellektuellen zu ignorieren. Die Provinz war nicht annektiert worden, sondern stand unter direkter kaiserlicher Verwaltung. Nur widerwillig fanden sich die Einwohner mit der Situation ab, doch galt es, Gefahren und Zwischenfälle zu vermeiden — die es gleichwohl gab. Die Form wurde gewahrt. Durch die Beruhigung der Lage kehrte der Handel zurück, und selbst der Postverkehr lief wieder. Neue Münzen liefen um, und neue Hoheitszeichen kennzeichneten öffentliche Gebäude.

Ebenso ging das kulturelle Leben weiter. Bolotov war vom örtlichen Theater- und Opernleben fasziniert, für das Korf sogar Ensembles aus Berlin einlud! Der Königsberger Buchhandel — der Name Kanter sei genannt — erlebte eine Blüte durch Verbindungen in den Osten. Bolotov

nutzte die Möglichkeiten preiswerter Läden und Auktionen zum Aufbau einer eigenen Bibliothek und kam so mit den anderen Bibliophilen ins Gespräch, denen die Buchläden attraktive Treffpunkte waren. Unter ihnen waren Lehrer und Studenten der Albertina.

Auch mit anderen russischen Offizieren wie Suvorov und Orlov pflegte der Königsberger Buchhandel vertrauten Umgang. Sie nahmen z.B. an der Neugründung der Königsberger Freimaurerloge „Zu den drei Kronen“ teil, was die Beziehungen vertiefte. Der Weg Hartknochs nach Riga und die Gründung der dortigen Buchhandlung gehen darauf zurück. Bolotov selbst war allerdings kein Freimaurer. Er stand der Geheimbewegung voller Mißtrauen gegenüber und witterte Verschwörung und Umsturz.

So machte, wie Kohnen darlegte, Bolotov die Stadt Königsberg in Rußland bekannt am Vorabend des größten Ruhms ihrer Universität. Gleich anderen erlag er dem Charme der Stadt, die ihn in ihren Bann schlug, um ihn nicht wieder loszulassen.

Ein Nachfolger Kants auf dem Königsberger Lehrstuhl war Johann Friedrich Herbart. Ihm widmete Rudolf Fietz (Oldenburg) einen Vortrag „Herbarts Königsberger Zeit und die preußische Bildungsreform“. 1808 wurde Herbart nach Königsberg auf Kants Lehrstuhl berufen, nachdem er bereits Rufe nach Heidelberg und Landshut abgelehnt hatte. Herbart verließ seine alte Hochschule Göttingen gern. Hier im Königreich Westfalen fühlte er sich isoliert, ertrug er das Leben nicht mehr. Da kam der Ruf nach Königsberg gerade recht, nach Preußen, wo gerade die Reformen begannen, die das Land zum geistigen Zentrum Deutschlands machten, bevor sie von der Restauration erstickt wurden.

Auch die Bildung war Gegenstand der Reformbemühungen, hatte Wilhelm von Humboldt doch Bildung und Erziehung zu öffentlichen Aufgaben erklärt. Friedrich Wilhelm III. selbst schrieb an Herbart, er wünsche, daß der neue Professor den Unterricht nach Pestalozzis Methode verbessern solle. Herbart nahm diese Herausforderung an in Bewunderung für seinen neuen König; sein philosophischer Lehrstuhl hatte somit a priori einen nach heutigen Gesichtspunkten pädagogischen Schwerpunkt. Seinen Vorgesetzten Humboldt traf Herbart erstmals am 25. April 1809 beim Kronprinzen. Humboldt berief Herbart in die neu eingerichtete Königsberger wissenschaftliche Deputation, eine neue pädagogische Mittelbehörde zur Prüfung staatlicher Erlasse in der Praxis, die durch Überprüfung nach unten, Vorschläge und Kritik aber nach oben wirken sollte. Herbart war bis 1816 Mitglied, auch Direktor, und kurz nach seinem Ausscheiden wurde die Deputation aufgelöst.

Herbart selbst schlug die Einrichtung eines pädagogischen Seminars vor. Hier sollte die Lehrerausbildung in der Praxis erfolgen, es sollte ein Forum für pädagogische Diskussionen in Theorie und Praxis sein. Ziel war die Verbesserung der schulischen und häuslichen Bildung, und das Seminar sollte eine Begleitschule und ein Vorbild für die Gymnasien sein. Als in Königsberg das erste Seminar eingerichtet wurde, wurde es durch Freiwilligkeit beschränkt. Als 1816 die feste institutionelle Einrichtung des Seminars erfolgte, gab es noch keinen festen Ort. Herbart erwarb 1818 aus Eigenmitteln ein Haus, in dem das Seminar eingerichtet wurde.

Herbart hatte so eine bedeutende Wirkungsgeschichte, die sich auch aus seiner weiteren Arbeit ergab, mit der er auf das Gebiet der Philosophie zurückkehrte, das er als sein Haupttätigkeitsfeld sah. Als er nicht als Nachfolger Hegels nach Berlin berufen wurde, ging er im Dezember 1833 zurück nach Göttingen. Es war wohl nur ein konsequenter Schritt zum Abschluß einer stetigen Entfremdung von einem Preußen, in dem die Freiheiten immer weiter zurückgedrängt wurden. Das Pädagogische Seminar zu Königsberg wurde nach Herbarts Demission geschlossen. In Göttingen war Herbart nur noch Philosoph, und dort ist er im Jahre 1841 verstorben.

Mit dem Vortrag „Quellen zur frühneuzeitlichen Entwicklung der Universität Königsberg“ von Stefan Hartmann (Berlin) kehrte das Interesse an die Anfangszeit der Albertina zurück. In seinem Vortrag gab Hartmann einen anekdotenreichen Überblick über die innere Geschichte der Universität von ihrer Gründung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Die Fundation der Universität von 1557 beinhaltet eine Aufzählung der Privilegien und regelte auch die Versorgung Hinterbliebener von Universitätsangehörigen. Von 1560 datiert die Privilegierung des polnischen Königs. Aus dem 17. Jahrhundert stammen Quellen aus dem inneren Leben der Hochschule, die über die Zahl der Professoren und Gravamina bezüglich der Universität berichten.

Zur Feier des 100jährigen Bestehens beging man 1644 einen Festakt nach dem Vorbild der Universitäten Frankfurt/Oder, Wittenberg und Rostock. Im Jahre 1671 erließ der Große Kurfürst ein Reskript, in dem die Ordnung der Dispute und obligatorische Lektüre festgelegt und die Ferien geregelt wurden. Seit 1716 verlangte Friedrich Wilhelm I. eine Aufstellung aller Studenten mit Herkunftsort und halbjährliche Berichte über Veränderungen der Studierendenzahlen. Aus diesem Schriftverkehr gewinnt man tiefe Einblicke in die inneren Probleme der Hochschule. Ein Bericht von 1722 zeigt den weiteren Niedergang der Hochschule bis hin zu Auseinandersetzungen um Zwangsrekrutierungen unter den Studenten. Das

18. Jahrhundert sah 1744 die 200-Jahrfeier der Hochschule und in der Folgezeit den Aufstieg zu zweiter Blüte, mit der der Bericht schloß.

Die ehemalige Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg besaß einen umfangreichen Bestand mittelalterlicher Handschriften, deren Schicksal im und nach dem Krieg teilweise bis heute ungeklärt ist. So durfte man auf den Werkstattbericht von Eckhard Grunewald und Ralf Päsler (Oldenburg), „Zum Stand der Katalogisierungsarbeiten der mittelalterlichen deutschsprachigen Handschriften der ehemaligen Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg“, gespannt sein.

Bereits vor dem Krieg wurde vielerorts an der Katalogisierung der Handschriften im Deutschen Reich gearbeitet. Einen ersten Versuch, die Königsberger Handschriften in einem Katalog zu erfassen, unternahm Steffenhagen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In Königsberg tat dies zwischen 1935 und 1940 Ludwig Denicke, der bei Kriegsende seine Materialien retten konnte, die aus alten Katalogen, Fotos und handschriftlichen Notizen bestanden. Das Schicksal der Königsberger Staats- und Universitätsbibliothek selbst aber blieb lange unklar. Die Handschriften galten als vernichtet. Erst die Arbeiten von Komorowski², Arnold³ und Plathe brachten weitere Aufklärung. Arnold verwies auf Thorner Signaturen, hinter denen sich alte Königsberger Bände verbergen; Plathe erstellte eine Liste der mittelalterlichen Handschriften Königsberger Provenienz in Thorn mit den zugehörigen Signaturen. Etwa 200 Manuskripte aus Königsberg liegen in Thorn, 27 wurden verifiziert, von denen zwei aber inzwischen wieder verlorengegangen sind. Weitere liegen vermutlich im Kant-Museum in Kaliningrad und in der Akademie-Bibliothek Vilnius. Keine Handschriften fanden sich in Tallinn, Riga, St. Petersburg, Danzig und Moskau.

Das Ziel der jetzigen Arbeit ist die Erstellung eines beschreibenden Verzeichnisses des Bestandes der deutschsprachigen Handschriften der ehemaligen Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg. Materialgrundlagen sind die Sammlung Denicke, Verzeichnisse der Gottholdschen und der Wallenrodtschen Bibliotheken. Hinzu kommen die Steffenhagenschen Kataloge zu verschiedenen Fakultäten, Unterlagen der Preußischen Akademie, der Bibliotheca Nelanica Manuscripta, alte Literatur zu Hand-

² Manfred Komorowski, Das Schicksal der Staats- und Universitätsbibliothek Königsberg, in: Bibliothek. Forschung und Praxis 4.2 (1980), S. 138-154.

³ 800 Jahre Deutscher Orden. Katalog zur Ausstellung des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg in Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission für die Erforschung des Deutschen Ordens, hrsg. v. Gerhard Bott und Udo Arnold. Gütersloh 1990, S. 97-101.

schriften und schließlich wiederaufgefundene Handschriften selbst. Beispiele erfaßter Handschriften rundeten den Vortrag ab und verdeutlichten die Probleme und Schwierigkeiten, denen sich die Bearbeiter gegenüber-sahen.

Einen anderen Aspekt der Königsberger Universitätsgeschichte beleuchtete Janusz Małek (Thorn) mit seinem Vortrag über „Polnische Studenten in Königsberg im 16./17. Jahrhundert“. Während der Neuzeit haben nach Wotschke⁴ 1 930 Studenten aus Polen und Litauen bzw. nach Bogdan 1 942 Studenten aus der polnischen Adelsrepublik in Königsberg studiert. Beider Angaben beruhen auf der Auswertung der von Georg Erler edierten Universitätsmatrikel.⁵ Pawlak⁶ hat die Arbeit von Lehmann⁷ für die polnischen Gebiete ergänzt.

Mit der Privilegierung durch den polnischen König wurde eine weitere Universität im polnischen Reich eingerichtet; sie erhielt dieselben Rechte wie die zu Krakau. Schon der Aufbau des protestantischen Staates hatte eine Modernisierung vorausgesetzt, wofür eine Hochschule notwendig geworden war. Zudem hatte Albrecht Interesse an einem protestantischen Missionswerk. Damit stand die Reformation in Preußen von Beginn an in engem Zusammenhang mit reformatorischen Bestrebungen in Polen und Litauen. Viele Polen hatten in Wittenberg studiert und waren bereits dort mit der Reformation in Berührung gekommen. So kann es nicht wundern, daß ebenso wie an der 1541 gegründeten Partikularschule auch an der Albertina polnische Studenten lernten. Gezielt setzte der Herzog ein Stipendium für Polnischsprachige aus, um die Reformation südlich seines Landes zu fördern.

Zwischen 1544 und 1549 waren 69 Polen an der Albertina, deren Zahl später leicht abnahm. Im 17. Jahrhundert war Königsberg dann für die Polen wegen der Gegenreformation nicht mehr interessant, Studenten aus dem Königlichen Preußen hatten dagegen einen beständig hohen Anteil an der Königsberger Studentenschaft. Polnische Studenten auf der anderen Seite gingen eher an die katholischen Hochschulen; über den Zeitraum

⁴ Theodor Wotschke, Polnische und litauische Studenten in Königsberg in: Jahrbuch für Kultur und Geschichte der Slaven N.F. 6 (1930), S. 428-447.

⁵ Die Matrikel der Albertus-Universität zu Königsberg i.Pr. Bd. 1, hrsg. v. Georg Erler. Leipzig 1910 (Nachdruck Nendeln 1976).

⁶ Marian Pawlak, Studia uniwersyteckie młodzieży z Prus Królewskich w XVI-XVIII w. (Akademische Studien der Jugend aus dem Königlichen Preußen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert). Toruń 1988.

⁷ Johannes Lehmann, Die örtliche und soziale Herkunft der Königsberger Studenten 1544-1649. Leipzig 1929.

hinweg standen Padua, Frankfurt/Oder, Königsberg, Heidelberg und Ingolstadt hoch im Kurs.

Die polnische Gemeinde in Königsberg insgesamt, zu der auch die Studenten gehörten, war nicht klein. Ein polnisches Neues Testament und ein polnischer Katechismus wurden hier verlegt. Königsberger Druckereien produzierten mehr polnische Druckwerke als die Krakaus. Damit war auch Königsberg ein Zentrum polnischer Kultur. Schließlich muß der Rückgang der Zahl polnischer Studenten nicht nur im Zusammenhang der Gegenreformation, sondern auch schlicht unter dem Blickwinkel schwindender Attraktivität der Albertina gesehen werden. Sieht man das Studium zudem als Teil der Kavaliertour, werden die geringen Verweildauern verständlich.

„Klassische Studien an der Universität Königsberg“ erläuterte Manfred Lossau (Trier). Er schilderte die Entwicklung der klassischen Philologie und Philosophie im 18. und 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Albertina und ihrer Professoren. Zentrale Punkte waren die Rezeption der Antike und ihrer klassischen Denker an der Albertina zur Zeit Kants und durch Kant selbst.

Zwar war die klassische Philologie schon mit dem ersten Rektor Georg Sabinus an der Albertina vertreten, doch lagen die klassischen Studien im Deutschland des 18. Jahrhunderts darnieder. Erst Friedrich August Wolf († 1824) legte den Grund zu einer umfassenden Altertumswissenschaft, Johann Joachim Winckelmann († 1768) lenkte den Blick auf die Kunstwerke des klassischen Altertums, besonders Griechenlands.

Er beeinflusste Kant ebenso, wie dies Rousseau mit seinem „Emile“ tat, auch Herders klassische Bildung geht auf das Humanitätsideal Winckelmanns zurück. Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Albertina für Philologen uninteressant war, für sie standen die Universitäten in Göttingen, Halle und Leipzig höher im Kurs.

Die drei Vorträge des zweiten Tages beschäftigten sich mit dem 20. Jahrhundert. Den Anfang machte Gerd Brausch (Freiburg), der über „Die Albertus-Universität zu Königsberg vom Ersten Weltkrieg bis zum Jubiläum 1944“ sprach. Er verwies für seinen engagierten Beitrag besonders auf Zeitungsausschnittsammlungen des Bundesarchivs und der Deutschen Bibliothek zu Leipzig.

Der Erste Weltkrieg hatte die Königsberger Universität unberührt gelassen; so waren 1915 ein Lehrstuhl für slavische Philologie und 1916 ein Institut für ostdeutsche Wirtschaft eingerichtet worden. Doch nach dem Versailler Vertrag begannen die Probleme. Vor allem mit Abwanderung hatte die Hochschule zu kämpfen, seit Ostpreußen isoliert war. Mit der Gründung organisatorischer und wissenschaftlicher Einrichtungen ver-

suchte man, die Attraktivität der Albertina zu erhöhen. Der Universitätsbund mit Kurator Friedrich Hoffmann von 1922 bis 1945 an seiner Spitze bildete das administrative Korsett um den in den weiteren Jahren folgenden Ausbau der wissenschaftlichen Universitätsinstitute und Vereinigungen im universitären Umfeld. So wurde am 13. Mai 1923 auch die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesgeschichte gegründet.

Der 200. Geburtstag Kants gab 1924 Anlaß zum Neubau seines Grabmals, den der rheinische Industrielle Hugo Stinnes finanzierte. Der akademische Festakt aus Anlaß des Jahrestages war Anlaß zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Agnes Miegel und Bernhard Schmid. Neue Institute entstanden, wie z.B. 1925 das Institut für Luftrecht und das Institut für Heimatforschung, auf das Ziesemer und sein Preußisches Wörterbuch zurückgehen. So fügte sich 1929 das 400jährige Bestehen der Staats- und Universitätsbibliothek als großes Jubiläum in eine Zeit stetigen Ausbaus.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten ließ auch die Albertina nicht unberührt. Hatte das Ost-Semester jedem Studenten der Hochschule noch zum Vorteil gereicht, indem es die Universität im Reich bekannt machte, so fügten ihr die schnell beginnenden Säuberungen des Lehrkörpers unendlichen Schaden zu. Bereits 1934 verlor Hans Rothfels sein Lehramt. Die neuen Herren versuchten aber auch, die Hochschule auf ihre Weise zu fördern. Dem sollte das „Langemarck-Studium“, ein Stipendium für Arbeiterkinder, ebenso dienen wie ein weiterer Institutsausbau; 1934 entstand das Institut für Arbeitsrecht, 1935 das für Politik. Weitere Institute folgten. Die Eingliederung der Hochschule in den NS-Staat konnte dies jedoch nur beschleunigen.

Im Jahre 1939 wurde durch Überführung des Herder-Institutes aus Riga in Königsberg das Institut für Ostforschung gegründet, was berühmte Lehrer wie Reinhard Wittram und Paul Johansen an die Albertina brachte. Am 1. April 1943 wurde der Lehrstuhl für physikalische Chemie eingerichtet, und mit Wirkung vom 1. Oktober 1943 erfolgte die Einführung der Landwirtschaftlichen Fakultät.

Das 400jährige Bestehen der Albertina am 17. August 1944 wurde bereits am 8./9. Juli feierlich begangen. Es sollte ein Abgesang auf die Hochschule sein, denn in den Nächten vom 26./27. und 29./30. August zerstörten schwere englische Luftangriffe Stadt und Universität. Bis zum Ende dauerte es nicht mehr lange: Am 28. Januar 1945 schloß Kurator Hoffmann die Verwaltung der Albertina für immer.

Karl-Heinz Ruffmann (Köln) konnte die Ausführungen Brauschs aus eigener Erfahrung ergänzen: mit seinem Bericht über das „Studium in Königsberg im Zweiten Weltkrieg“. Er war von Anfang Mai bis Anfang Juli

1944 als Student der Geschichte an der Albertina und besuchte u.a. ein Seminar bei Herbert Grundmann. Er weilte also zur Zeit der Feiern des 400jährigen Bestehens dort und machte auf die interessante Tatsache aufmerksam, daß die Feiern von Studenten kaum besucht wurden, also rein interne Veranstaltungen des Lehrkörpers und der örtlichen Führung waren. Einzig die Vorträge Schieders und Grundmanns erfreuten sich studentischen Interesses.

Seine Ausführungen und eine rege Diskussion konnten zudem etwas mehr Licht in die problematische Frage nach der Albertina im Dritten Reich bringen. Sie war wie andere Hochschulen eine „braune“ Universität in Lehrkörper und Studentenschaft, auch wenn es seit 1944 keine NS-Schulungen mehr gab. Ein Gesamtfazit Ruffmanns stellte heraus, daß Königsberg von national-konservativem Denken geprägt war, das unmerklich und ohne auf Widerstand zu stoßen in die Ideologie des Nationalsozialismus abglitt. Und hier liegt eine nicht wahrgenommene Verantwortung.

Davon, daß das Leben weiterging, überzeugte der letzte Vortrag alle Zuhörer. Svetlana E. Cekina (Kaliningrad) sprach über „Deutsche Studien in Kaliningrad“. Nach der Vertreibung der Deutschen und der Neubesiedlung Ostpreußens war ein geschichtsloses Land entstanden. Die Erforschung seiner Vergangenheit war russischerseits ein Tabu. Dennoch wurden schon 1948 in den Gebäuden der Volkshochschule in der Stegmannstraße neue Fakultäten gegründet. Ein Institut für die deutsche Sprache bildete ein Bindeglied zu Deutschland. 1967 entstand ein Institut für deutsche Philologie, dessen Probleme aber vor allem in der mangelhaften sprachlichen Vorbereitung der Abiturienten lag. Gleichwohl gab es immer mehr Interessenten als Studienplätze. Momentan gibt es 30 Plätze.

Der Studienplan gliedert sich in eine zweijährige Basisausbildung mit Grammatik-, Phonetik-, Lese- und Übersetzungskursen. Es schließt sich ein zweijähriger Aufbaugang an, der sich der Literatur, der Sprachtheorie und Stilverbesserungen widmet. Eine Diplomarbeit bildet den Abschluß. Der Mangel an Lehrmaterial, an Texten und Büchern ist das drückendste Problem. Studienreisen nach Moskau und St. Petersburg sollen Abhilfe schaffen und die Sprachkenntnisse verbessern. Die Berücksichtigung aktueller Themen und zwei Schulpraktika flankieren die Ausbildung in allgemeinkundlicher und pädagogischer Hinsicht.

Eine Beschäftigung mit dem historischen Ostpreußen ist seit 1993 möglich, seit innerhalb der historischen Fakultät ein Lehrstuhl für die Geschichte des Ostseeraumes eingerichtet wurde, der auch die Geschichte des ehemals deutschen Landes behandelt. In diesem Rahmen werden Sprachstudien angeboten, die Quellenarbeiten ermöglichen sollen. Archi-

valien deutscher Provenienz sind in Königsberg noch zahlreich vorhanden.

In zehn Vorträgen hat sich die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung mit der Geschichte der Albertus-Universität Königsberg auseinandergesetzt. Verschiedene Aspekte wurden beleuchtet und einem Publikum dargelegt, das die Ausführungen der Referenten mit großem Interesse verfolgte. So dürfte es zu erwarten sein, daß auch die nächstjährige Tagung der Historischen Kommission in Mühlhausen/Thür. ein reges Echo finden wird.

Georg Michels, Bonn

Die Albertina 1544–1994. Universität in Königsberg. Eine Ausstellung in Königsberg/Kaliningrad

Der Titel der Albertina-Ausstellung deutet in etwa eine konzeptionelle Schwierigkeit an, mit der die „Macher“ fertig werden mußten: Wie soll ein Jubiläum begangen werden, das — strenggenommen — keines sein kann? Ist doch die zu feiernde Institution seit spätestens 1945 in Königsberg selbst nicht mehr existent gewesen.

Allerdings gab es schon bald nach dem Krieg wieder akademisches Leben in Kaliningrad. Seit 1948 existiert eine pädagogische Hochschule, und 1967 wurde der Lehr- und Forschungsbetrieb an der Kaliningrader Universität aufgenommen, und zwar in dem in Anlehnung an den früheren baulichen Zustand wiederhergestellten Gebäude der Albertus-Universität. Der Nachfolger des Baus von Stüler am ehemaligen Paradeplatz (Grundsteinlegung anlässlich des Universitätsjubiläums 1844, erbaut 1856 bis 1861), bis 1945 „Neue Universität“ genannt — im Unterschied zur „Alten Universität“ am Dom auf dem Kneiphof —, ist heute seinerseits zur „Alten Universität“ geworden, nachdem am Stadtrand ein Neubau eingeweiht worden ist.

Es geht also um die Frage der Kontinuität. Läßt sich eine kontinuierliche Entwicklung des Königsberger Universitätslebens anhand der bloßen Nutzung ihrer Baulichkeiten noch einigermaßen begründen, so ist dies kaum möglich, wenn man die innere Gestaltung von Forschung und Lehre betrachtet. Die deutsche Universität, eine Hochschule mit 400jähriger Tradition und allen damit verbundenen Höhen und Tiefen, hat 1945 ihren Betrieb in Königsberg eingestellt, die russische den ihren 1967 aufgenommen. Die deutsche Universität endete als nationalsozialistische „Reichsuniversität“, die russische begann als sowjetische Gebietsuniversität.

Während die Tradition der Albertina in der Bundesrepublik an der Universität Göttingen in gewisser Weise institutionell fortgeführt wurde (läßt man einmal die auch heute noch im gesamten Bundesgebiet aktiven Studentenverbindungen beiseite, die auf Königsberger Gründungen zurückgehen), verstand sich die sowjetische Universitätsgründung in Kaliningrad als bewußter Neuanfang. War es doch geradezu ein Axiom sowjetischer Kulturpolitik im nördlichen Ostpreußen, dem Kaliningrader Gebiet, daß die Vergangenheit des Landes vor 1945 ausgeklammert, seine Geschichte erst mit diesem Jahr begonnen wurde.

Diese Situation hat sich bekanntlich grundlegend geändert. Die vollständige Negierung der Geschichte vor 1945 ist einem Interesse breiterer

Schichten an der deutschen Vergangenheit des Kaliningrader Gebiets gewichen, das mitunter sogar groteske Formen annimmt. Der „Königsberg-Mythos“ bewirkt, daß sich die russischen Einwohner der Kaliningradskaja oblast' zum Teil als Erben der deutschen Tradition des Landes sehen. Daß dies seinen Einfluß auf die Kaliningrader Universität hat, die sich wie alle ehemals sowjetischen Universitäten in einer schwierigen Phase der Neuorientierung befindet, liegt nahe. Zahlreiche Aktivitäten universitärer Kreise in Kaliningrad, Kontakte mit deutschen Wissenschaftlern, gerade hinsichtlich des anstehenden Jubiläums im August 1994, konnten in der Presse verfolgt werden.

Auch die hier anzuzeigende Ausstellung ist ein Gemeinschaftsunternehmen deutscher und russischer Stellen. Beteiligt sind das Museum für Kunst und Geschichte des Kaliningrader Gebiets, die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus — Deutsch-Osteuropäisches Forum in Düsseldorf, das Museum Stadt Königsberg in Duisburg sowie das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern, die Koordination von wissenschaftlicher, administrativer und technischer Vorbereitungsarbeit (Gestaltung: Atelier Hofer, Linz/Rhein) wurde vom Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf besorgt.

Angesichts der eingangs angesprochenen Kontinuitätsproblematik lag eine deutsch-russische Arbeitsteilung nahe, dergestalt, daß Entstehung und Entwicklung der Universität in der Zeit nach 1945 von den Kaliningrader Kollegen bearbeitet wird. Diesem verhältnismäßig kurz gehaltenen Schlußteil der Ausstellung ist der schon allein wegen der Länge des darzustellenden Zeitraums weitaus größte Teil der Ausstellung vorangestellt, der vom Verfasser dieser Zeilen wissenschaftlich bearbeitet wurde. Dieser Teil dürfte gerade auch für das russische Publikum von größtem Interesse sein.

Grundsätzlich ist die Konzeption die einer Wanderausstellung, bestehend aus 51 Tafeln mit Abbildungen und Reproduktionen sowie zusätzlichen ca. 20 Tafeln mit Erklärungen und Kommentaren. Nach der Eröffnung am 17. August 1994 in Königsberg (Ausstellungsdauer dort bis Mitte Oktober 1994) wird die Ausstellung an verschiedenen Orten, insbesondere Universitätsstädten, in Deutschland gezeigt werden.

Der politischen Bedeutung des Anlasses entsprechend — erstmals nach Kriegsende kann hier unter deutscher Beteiligung ein Universitätsjubiläum begangen werden — werden allerdings in Königsberg auch Originale gezeigt. Wir freuen uns besonders, Stücke Königsberger Provenienz auch dort ausstellen zu können. An dieser Stelle seien neben den an der Ausstellung beteiligten Institutionen insbesondere folgende Leihgeber genannt:

das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg (Veduten), das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin (Dokumente und Reprographien), die Universitätsbibliothek Marburg (Kant-Erstaussgaben). Sehr schöne Reprographien seltener Stücke steuerten das Institut für Hochschulkunde in Würzburg sowie das Herder-Institut in Marburg bei.

Die inhaltliche Konzeption gliedert sich in sechs Abschnitte: Am Anfang steht die Ereignisgeschichte. Anhand der Universitätsjubiläen (1644, 1744, 1844, 1894 und 1944), die auf jeweils zeittypische Weise mehr oder minder feierlich begangen wurden — die Bandbreite reicht vom barocken Fest in voller Prachtentfaltung 1644 bis zum gespenstischen, den Untergang vorausahnenden Festakt von 1944 —, soll die „äußere“ Geschichte der Universität, ihre Einbettung in die Geschehnisse des Herzogtums Preußen, dann in den brandenburg-preußischen und schließlich in den deutschen Staat zunächst schlaglichtartig dokumentiert werden.

Der zweite Abschnitt vertieft die ereignisgeschichtliche Darstellung. Stationen der Entwicklung sind: die Reformation, die Königsberg mit seiner Universität zu *dem* geistigen Zentrum des Luthertums im östlichen Mitteleuropa machte; das 17. Jahrhundert, das zwar geistige Stagnation, aber hohe Studentenzahlen brachte (Preußen war vom Dreißigjährigen Krieg kaum betroffen); das 18., das „Königsberger Jahrhundert“, untrennbar mit dem Namen Immanuel Kant verbunden, der hier die Aufklärung zur Vollendung brachte; Reformzeit, Vormärz und schließlich politische Erstarrung während der wilhelminischen Zeit im 19. Jahrhundert, Erster Weltkrieg, Neuanfang unter neuen territorialpolitischen Voraussetzungen nach 1918, Durchsetzung des Nationalsozialismus mit allen katastrophalen Begleiterscheinungen (Bücherverbrennungen, Gleichschaltung, Boykott und Verdrängung von Hochschullehrern, „wissenschaftliche“ Bestätigung von NS-Theorien), der schließlich zum Untergang der deutschen Universität in Königsberg führte.

Der dritte Abschnitt thematisiert die innere Entwicklung der Universität, ihren institutionellen Aufbau bis zum 19. Jahrhundert, die Reform, Entfaltung des modernen Fächerkanons und die Entwicklung zur Ordinariuniversität im 19. Jahrhundert.

Im Zentrum des vierten Abschnitts steht die Alltagsgeschichte der Universität. In kontrastiver Form zu den „großen Geistern“ und ihrem Werk sollen hier die Bedingungen dokumentiert werden, unter denen bzw. denen zum Trotz z.B. Männer wie Kant ihre wissenschaftlichen Leistungen erbrachten. An dieser Stelle geht es aber auch um die Formen wissenschaftlicher Auseinandersetzungen, Prüfungen und studentisches Leben. Neben der Frühzeit mit ihren heute unverständlichen Bräuchen wie der

Deposition und dem *Pennalismus* wird insbesondere dem studentischen Verbindungswesen des 19. und 20. Jahrhunderts breiter Raum gewidmet; schließlich war der Siegeszug des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes auch in Königsberg schon vor 1933 sowie seine Tätigkeit nach diesem Datum darzustellen.

Der fünfte Abschnitt ist der Baugeschichte bis 1945 gewidmet. Hier soll insbesondere die bauliche Entwicklung während des 19. und 20. Jahrhunderts gezeigt werden. Das betrifft natürlich den Universitätsneubau von Stüler, aber auch Institute wie die Sternwarte, den botanischen Garten, die Bibliothek und die Kliniken sowie im weitesten Sinne soziale Einrichtungen wie die Palästra Albertina. Die Baugeschichte der deutschen Universität findet ihren Abschluß mit den Zerstörungen im August 1944.

Der sechste und letzte, von den russischen Kolleginnen und Kollegen bearbeitete Abschnitt beinhaltet die Entwicklung nach 1945. Hier geht es besonders um die Dokumentation der Entstehung des russischen akademischen Lebens in Kaliningrad, um das Werk bedeutender Wissenschaftler dieser Zeit sowie um internationale wissenschaftliche Kontakte der Kaliningrader Universität.

Der Katalog in deutscher und russischer Sprache wird neben der Liste der Exponate und einer Auswahl von Abbildungen eine knapp gehaltene historische Einführung enthalten, die sich an der konzeptionellen Struktur der Ausstellung orientiert.

Walter Dausch, Düsseldorf

Die Feier des Königsberger Jubiläums in Kaliningrad

Vom 26. bis zum 29. September 1994 fanden in Kaliningrad „Internationale akademische Jubiläums-Veranstaltungen aus Anlaß der Gründung der Albertus-Universität zu Königsberg vor 450 Jahren“ statt — so die Formulierung auf dem gedruckten Programm. Das Wort „International“ verwies darauf, daß das Programm nicht allein von Russen und Deutschen getragen wurde. Auch erweckte der Wortlaut der Einladung nicht den Eindruck, die Universität Kaliningrad feiere ihr eigenes Jubiläum. Deren Vertreter betonten, die eigene, 1967 in der Nachfolge eines Lehrer-Bildungsinstituts gegründete Universität habe mit der 1544 gegründeten Albertina nur den Ort gemeinsam. Aber sie sprachen auch davon, daß man sich in Kaliningrad nun der Albertina erinnern wolle, und so gingen denn auch die Feierlichkeiten auf dortige Wünsche zurück.

Kaliningrader Wünschen entsprach es ferner, die Albertina zusammen mit deutschen Partnern zu feiern. Doch wer sollte der deutsche Partner sein? Allein die Stadtgemeinschaft Königsberg, also der Zusammenschluß der von dort stammenden deutschen Vertriebenen, an die man in Kaliningrad zunächst gedacht hatte, hätte als Partner schwerlich ausreichen können. So fand sich die Göttinger Universität bereit.

In Göttingen hatte man nach Kriegsende eine Art Patenschaft für die untergegangene Königsberger Universität übernommen — zunächst aus ganz pragmatischen Gründen, da ja Königsberger Professoren und Studenten eine Stelle brauchten, wo man ihnen mit Beglaubigungen und Ersatzdokumenten helfen konnte. Doch hatte man sich in Göttingen auch um die Tradition der Albertina bemüht — was in den letzten Jahren freilich nicht mehr so recht erkennbar war. Wenn Göttingen nun einsprang, so ist das vor allem dem Völkerrechtler Dietrich Rauschnig zu verdanken. Er und einige andere Göttinger Dozenten waren in den letzten Jahren wiederholt in Kaliningrad. Sie haben dort Vorträge und Seminare gehalten, für einen Austausch von Studenten gesorgt und nicht zuletzt auch materielle Hilfe geleistet und vermittelt. Doch ist es vor allem der Unermüdlichkeit Dietrich Rauschnigs zuzuschreiben, daß am Ende alle Schwierigkeiten überwunden wurden und eine Feier zustande kam, die der Universitätsgründung vor viereinhalf Jahrhunderten angemessen war.

Die Schwierigkeiten, die dem entgegenstanden, waren materieller, politischer und mentaler Natur, und das eine hing mit dem anderen zusammen, wie sich nicht zuletzt an der Person des bis vor kurzem amtierenden

Kaliningrader Rektors zeigte. Er verlangte nicht nur Hunderttausende Mark an Subventionen, sondern wünschte diese auch nach eigenem Gutdünken zu verteilen. Bei einer Vorkonferenz im September vergangenen Jahres konnte man einen lebhaften Eindruck von der Lenkungspraxis eines solchen traditionellen sowjetischen „Kaders“ gewinnen. Sobald sich jüngere Wissenschaftler zu Wort meldeten und sich anders als im traditionellen Sinne äußerten, ergriff jener Rektor, da er, anders als zuvor, die Wortmeldung nicht hatte verhindern können, wenigstens zu prompten Richtigstellungen und Korrekturen das Wort.

Doch auch die deutsche kulturpolitische Szenerie bereitete Schwierigkeiten. Allein ein Unternehmen Kaliningrads und Göttingens konnte das Jubiläum nicht sein; schon aus organisatorischen und materiellen Gründen war staatliche Hilfe nötig, und so hat das Auswärtige Amt das Unternehmen denn auch kräftig gefördert. Die Rektorenkonferenz wollte sich nicht beteiligen, obwohl die Erinnerung an untergegangene deutsche Universitäten gerade für sie doch so etwas wie eine moralische Pflicht wäre. Die Rektorenkonferenz versteht es offensichtlich nicht, zwischen Erinnerung und Restaurationswünschen zu unterscheiden. Daß das Gedenken an Kants Universität nicht das gleiche ist wie die Bemühung, den Bezirk Kaliningrad zu „germanisieren“, sollte eigentlich nicht so schwer zu begreifen sein. Immerhin: Die Kultusministerkonferenz hat es begriffen, und so sprach deren stellvertretende Vorsitzende in Kaliningrad ein Grußwort.

Grußworte und Politiker-Ansprachen waren am 26. und 27. September in den beiden Plenarveranstaltungen nicht wenige zu hören. Es bedurfte nicht geringer Anstrengungen, die in dieser Hinsicht offensichtlich ähnlichen Wünsche russischer und deutscher Politiker und Funktionäre so einzuschränken, daß zwischen deren Verlautbarungen auch Platz für das blieb, was bei einem Universitätsjubiläum ja vielleicht auch angemessen ist, nämlich für wissenschaftliche Vorträge. Schon das äußere Bild ließ erkennen, daß unter den Funktionsträgern in dieser Hinsicht Verständigungsschwierigkeiten nicht bestanden. Im „Präsidium“ auf der Bühne wie auch in den ersten beiden Reihen des Auditoriums waren jene Funktionsträger unter sich.

Von den Vorträgen kann hier nicht im einzelnen die Rede sein, doch mögen immerhin die Themen und die Redner genannt werden. Den Anfang machten G. Funke (Mainz) und L. Kallinikov (Kaliningrad) mit Vorträgen über Kant — der erste ohne viel Rücksicht auf ein Publikum, das in seiner Mehrheit aus Nicht-Philosophen bestand. Über die Bedeutung der Universität Königsberg für die Geisteswissenschaften sowie für Mathematik und Naturwissenschaften sprachen der Autor und K. Lavrinovič (Kali-

ningrad). B. Moeller (Göttingen) stellte in einer textnahen Analyse die Gründung der Universität Königsberg als reformationsgeschichtliches Ereignis dar, und Irena Kusnecova — Professorin und stellvertretende Leiterin der Verwaltung des Gebiets Kaliningrad — schloß sich mit einem Vortrag über die Universität in Königsberg und Kaliningrad in ihrer Bedeutung für die jeweilige Region an.

An den beiden folgenden Tagen waren die Gelehrten unter sich. Niemand sprach mehr in der Sprache der deutschen Bildungspolitiker von Hochschulstandorten, sondern es ging um Universitäten und um Wissenschaft, wie sie ungeachtet aller Hochschulpolitik heute stattfindet. In zehn Sektionen trafen sich Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaftler zum Austausch über aktuelle Probleme ihrer Fächer.

Da der Verfasser zusammen mit K. Lavrinovič die geschichtswissenschaftliche Sektion leitete, konnte er sich von den anderen keinen unmittelbaren Eindruck verschaffen. Offensichtlich fanden da einerseits wissenschaftliche Kontakte statt, wie sie heute an vielen Orten geknüpft zu werden pflegen. Andererseits stießen die Vertreter hochentwickelter Disziplinen mit den Repräsentanten einer Art von Schulunterricht zusammen. Es gab Sektionen wie zum Beispiel die rechtswissenschaftliche, wo Kaliningrader Professoren dafür gesorgt hatten, daß die dortigen Studenten an den Gesprächen teilnahmen, während umgekehrt die Kaliningrader Universitäts-Historiker — von ihren Studenten zu schweigen — fast ohne Ausnahme fernblieben und allenfalls auf einem abendlichen Empfang sichtbar wurden.

Das erklärt sich gewiß auch daraus, daß der Gegenstand der geschichtswissenschaftlichen Sektion, nämlich die Geschichte der Universität Königsberg und ihre Wirkungen auf die benachbarten Länder, gewiß das Thema ist, mit dem die Kaliningrader Universitäts-Historiker bisher am wenigsten zu tun hatten. Sie studierten und lehrten offensichtlich jene Schemata, die an allen sowjetischen Universitäten gelehrt wurden. Der Zugang zur Geschichte der Königsberger Universität wurde im übrigen auch durch Sprachbarrieren verschlossen — nicht anders als im 18. Jahrhundert, wie man dem Vortrag von G.V. Kretinin, einem Kaliningrader gelehrten Offizier, entnehmen konnte. Ebenso wie seinerzeit die von Peter dem Großen nach Königsberg geschickten Studenten dort mit dem ihnen unbekanntem Latein und Deutsch zusammenstießen, leiden die heute in Kaliningrad tätigen Archivare darunter, daß sich unter den ihnen anvertrauten Schriftstücken lateinische, deutschsprachige und sogar in sogenannter Sütterlin-Schrift fixierte finden. So die Leiterin des Kaliningrader Archivs, A.N. Fëdorova in ihrem Vortrag über den Bestand „Albertus-Universität“ in ihrem Archiv.

K. Lavrinovič sprach pointiert davon, daß die Geschichte der Königsberger Universität in Kaliningrad bisher kein Thema gewesen sei. Nur einzelne „Enthusiasten“ hätten sich ihr zugewandt. Zu ihnen gehörte nicht zuletzt er selbst, der eine Monographie über den großen Astronomen Friedrich Wilhelm Bessel (1784–1846) verfaßt hat.

In jener geschichtswissenschaftlichen Sektion sprachen ferner der Bonner Theologe H. Dembowski über die Geschichte der Königsberger theologischen Fakultät, der Berliner Archivar Bernhart Jähmig über die Königsberger Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert, der Berliner Historiker W. Neugebauer über Hans Rothfels und seine Königsberger Jahre sowie der Würzburger Rechtshistoriker D. Willoweit über die Geschichte der Königsberger juristischen Fakultät. Dembowski, Nachfahre mehrerer Generationen ostpreußischer Theologen, erinnerte daran, daß sich 1934 in jenem Saal, da nun die Sektion tagte, nach der Bekenntnissynode von Barmen jene ostpreußischen Pfarrer versammelt hatten, die sich den Deutschen Christen nicht anschließen wollten.

Andere Vorträge sollten Wirkungen der Königsberger Universität in die benachbarten Länder klären. Leider fand sich ein litauischer Referent nicht. Der lettische sagte ab, und auch der polnische war verhindert. Um so interessanter waren die Ausführungen von A. Tering über die Königsberger Wirkungen auf die Bildungsgeschichte Est-, Liv- und Kurlands und das — in Abwesenheit der Verfasserin verlesene — Referat von N. Nevskaja über die Beziehungen zwischen Königsberg und der Petersburger Akademie im 18. Jahrhundert. In beiden Fällen waren es meistens deutsche Namen, die da rühmend genannt wurden. Wie hätte man diese Namen vor einem Jahrzehnt gewertet? Frau Nevskaja wies darauf hin, daß der sowjetischen Wissenschaft der Petersburger Altertumsforscher und Orientalist G.S. Bayer (1694–1738) als ein Reaktionär galt. Von Königsberger Außenwirkungen handelte auch Klaus Zernack (Berlin) in seinem Vortrag über „Die Universität Königsberg und das Wachstum des Nationalbewußtseins in Polen“.

Hartmut Boockmann, Berlin

Eine Reise nach West- und Ostpreußen, oder: Polen, Rußland, Litauen und zurück ...

Im Rahmen eines Seminars „startete“ im Juli 1994 eine Gruppe von Oldenburger Studentinnen und Studenten auf eine Exkursion in das ehemalige West- und Ostpreußen, in die heutigen Länder Polen, Rußland und Litauen. Initiative und Durchführung lagen in den Händen der Universität Oldenburg und des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte (Oldenburg). Welche Ziele der Durchführenden einerseits und welche Motivation der Teilnehmer andererseits liegen einem Besuch dieser für einen Westeuropäer „abgelegenen“ Länder zugrunde?

Absicht der Organisation war es in jedem Falle, benachbarte Länder und Regionen Ostmitteleuropas nahezubringen, die vor 1989 schwer oder gar nicht besucht werden konnten. Hierbei spielten u.a. eine wesentliche Rolle die Kunstgeschichte, die Geschichte des Mittelalters, welche in diesem Raum besonders vom Deutschen Orden geschrieben wurde, sowie die neueste Geschichte zwischen Nationalsozialismus, Kommunismus und Gegenwart.

Mag die Motivation der Studenten ebenso differenziert gewesen sein, so stand vermutlich doch für viele die Neugier auf die zwischen sozialistischer Plattenbau-Exotik und archaischer Pferdefuhrwerk-Romantik schwebende Fremdheit des Ostens im Vordergrund.

Die Reiseroute führte die Gruppe zunächst nach Polen, in die Stadt Thorn/Toruń. Sie war Ausgangs- und Endpunkt der Exkursion. Weiter ging es gen Norden über Kulm/Chełmno und Marienburg/Malbork nach Danzig/Gdańsk, von wo aus die Fahrt nach zwei Tagen in Richtung Königsberg/Kaliningrad fortgesetzt wurde. Über die Kurische Nehrung gelangte die Gruppe an den nördlichsten Punkt ihrer Reise, Memel/Klaipėda. Von hier aus begann die Rückfahrt über die Masurische Seenplatte nach Thorn.

Diesen weiten Bogen zu schlagen, mag in der Tat in manch einem den Gedanken aufkommen lassen, die gewonnenen Eindrücke würden durch einen „Rundumschlag“ verwässert. Grundsätzlich ist dies ein richtiger Einwand. Doch muß man diesem Konzept zugute halten, daß nur so ein aufschlußreicher Vergleich der drei Länder möglich und ihr Verhältnis zueinander erkennbar wird. Daß dieser im wahrsten Sinne des Wortes „internationale“ Aspekt einer Betrachtung wert war, hat sich uns bestätigt.

Der erste Anlaufpunkt in Polen, Thorn, zeigte noch deutliche Spuren der bewegten Geschichte dieses Landes: Es war nicht nur der Deutsche Orden, der durch eine Burgruine von seiner damaligen Präsenz zeugt, es waren ebenso einige durch die Jahrzehnte erbleichten deutschen Schriftzüge an den Mauern, die kundtaten, was dort vor über 50 Jahren verkauft oder hergestellt wurde. Als Repräsentant der neuesten Zeit trat die Cola-Dose in Erscheinung, welche schon längst Einzug in den polnischen Alltag gehalten hat.

In Kulm traf die Gruppe auf eine Persönlichkeit, die aufgrund ihres hohen Alters eben diese Bewegtheit der Geschichte am eigenen Leibe erlebt und erlitten hat. Nahezu gehörlos wurde die 95jährige Schwester Gertruda Zblewska durch eine Explosion in einer Munitionsfabrik, in der sie von den Nazis zur Zwangsarbeit herangezogen wurde. Polnischen Arbeiterinnen wurde seinerzeit die ärztliche Hilfe verweigert. Aufgrund dieses Schicksals beeindruckte ihr Bericht über die Betreuung deutscher Verwundeter und Vertriebener im Jahre 1945 um so mehr.

Vergebung und der Glaube an das Gute im Menschen schienen dieser Frau ein Lebenselixier zu sein, so daß es eine Freude war, sich von ihr langsam aber sicher bis in die äußersten Winkel des ehemaligen Zisterzienserklosters mit ehemaliger Ordensburg führen zu lassen.

Die für Nachkriegsverhältnisse gut rekonstruierte Altstadt Danzigs bot sich uns als Kulisse für zwei Erscheinungen einer neuen Zeit, eines Wandels: zum einen bislang nahezu unbekannte Straßenmusik auf der Violine und zum anderen — wenige Minuten später — das gnadenlose, den Tod in Kauf nehmende Zusammenschlagen eines Wehrlosen, vermutlich durch polnische Skinheads; zwei Gegensätze, die sich in Zukunft wahrscheinlich noch krasser zeigen werden.

Der Weg nach Rußland führte uns am darauffolgenden Tag auch am Frischen Haff entlang. Hier wurde die Exkursion zur Gelegenheit — den Lauf der Geschichte akzeptierend —, das erlittene Schicksal der Vertriebenen und den sicher schmerzenden Verlust der Heimat nachzuempfinden. Allein die Länge der von uns bisher zurückgelegten Strecke — hatten doch viele Vertriebene in Oldenburg ihre neue Heimat gefunden — ließ die Strapazen der Flucht erahnen.

Nachdem wir die polnisch-russischen Grenzanlagen mit Stacheldrahtzaun und geharktem „2-Meter-Streifen“ hinter uns gelassen hatten, hat sich uns nicht nur gezeigt, daß Grenzanlagen etwas über das Verhältnis zweier Staaten aussagen, sondern daß auch Landschaften ihr Gesicht schlagartig ändern können: Hinter der Grenze machte die Landschaft einen öderen, kargeren Eindruck als jene davor — oder suggerierte dies etwa nur die Tatsache, daß wir uns nun in „Rußland“ befanden?

Wie dem auch sei, die Ödheit sollte noch ihre Steigerung ins Trostlose erfahren: mit unserem Eintreffen in Kaliningrad. Die Stadt zeigte sich uns in ihrer ganzen einzigartigen, unverdeckten Häßlichkeit und strahlte eine Atmosphäre aus, die einem Besucher das Leben dort unerträglich erscheinen läßt. Was sonst nur in den sogenannten Trabantenstädten zu sehen ist, füllt in Kaliningrad das Stadtzentrum; ein riesiger Plattenbau hinter dem anderen, dazwischen hier und dort große Baulücken, unter denen die Grundmauern Königsbergs schlummern. In der Tat ist auf den Trümmern Königsbergs die neue Stadt Kaliningrad „hochgezogen“ worden. Nur isoliert stehen noch sehr wenige alte Gebäude, die wie morbide Zahnruinen aus dem sonst einheitlichen Bild heraustreten. Wer Königsberg kannte — und wenn auch nur durch Fotos —, der wird sich eingestehen, daß dort nun eine ganz andere Stadt steht, eben Kaliningrad.

Nicht so verschlossen wie die Fassaden der Stadt waren uns ihre Menschen. Wir trafen zusammen mit einigen Studentinnen und Studenten der Fächer Germanistik und Geschichte. Durch ihre außerordentlich guten Deutschkenntnisse und das beiderseitige Interesse wurde der Tag für jeden zu einem Gewinn. Einige Kontakte werden sicherlich noch länger Bestand haben und intensiviert.

Von Nidden aus besuchte unsere Gruppe auch litauische Studenten in Memel. Der Austausch kam allerdings nicht so schnell in Gang, was einerseits an einer gewissen Zurückhaltung der Litauer, andererseits auch an der wenigen uns zur Verfügung stehenden Zeit gelegen haben mag.

Einer der letzten Anlaufpunkte unserer Reise war die Wolfschanze am 50. Jahrestag des Attentats auf Hitler. Acht Meter starke Bunkermauern führten noch einmal den Wahnsinn und die Realitätsferne eines Regimes vor Augen, das in den von uns besuchten Ländern und Regionen so viele Veränderungen und so viel Leid auf allen Seiten verursacht hat.

Auch in den kommenden Jahrzehnten stehen diesen Ländern sicherlich grundlegende und gewiß nicht immer positive Veränderungen bevor. Unsere Erfahrungen werden hoffentlich sensibilisieren für die Probleme, die ein Wandel zwangsläufig nach sich zieht: Nicht zuletzt ist die Zukunft Westeuropas auf eine Zukunft Osteuropas angewiesen.

Christian Rühmkorf, Oldenburg